

Volkswacht

für Schlesien

Die wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Filialen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5 und Friedländerstraße 105, Marktstraße 100, sowie durch alle Auswärtigen zu beziehen. Preis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 RM. + 8 Pf. Trägergebühren, monatlich 1,75 RM. + 35 Pf. Trägerlohn - 2,10 RM. Durch die Post einzeln Zustellungsgebühren 2,46 RM.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
 Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21738
 Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
 Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Die Generallüge des Wahlkampfes

Von Wilhelm Keil

In Wahlzeiten haben sich die kämpfenden Parteien nie so leichtfertig mit Confetti beworfen. Die Schmutzblätter haben immer eine große Rolle gespielt, und die Sozialdemokratie weiß sich davon zu fangen, wie sie vom Reichstagenhand in den Not gezogen worden ist. Der gegenwärtige Wahlkampf aber ist der schmutzigste, den Deutschland erlebt hat. Hat seinen Grund nicht nur darin, daß die Giftpflanze, die Nationalsozialistische Partei nennt, mit lautem Schrei durch die Lande zieht und mit Schlagring, Dolch, Holzer und Stuhlspitzen an der Verrohung des deutschen Lebens arbeitet. Den Hauptgrund für die Sittenverwilderung, die in diesen Tagen so kraß in die Erscheinung tritt, bildet vielmehr die Generallüge, auf der der Wahlkampf beruht.

Diese Generallüge besteht in der Behauptung, der Reichstag im besonderen die sozialdemokratische Fraktion, habe gegen den Lebensnotwendigkeiten des Reichs „versagt“ und darum die verfassungswidrige Anwendung des Artikels 48 und die Auflösung des Reichstags notwendig gewesen. Der Begründung der Behauptung sollen nun die tausend kleinen Wahlversprechungen dienen, die gegen die Sozialdemokratie in die Welt gesetzt werden. Zur Aufdeckung der Generallüge ist nicht eine klare Beleuchtung der Vorgänge, die der Auflösung unmittelbar vorausgingen, sondern auch eine Aufhellung der Geschichte dieser Kämpfe erforderlich.

Bei den gegebenen parteipolitischen Machtverhältnissen hat seither das Zentrum die Schlüsselstellung der Reichsbildung im Reichstag inne. Nach der Verdrängung des Bürgerblocks bei den Reichswahlen 1928 gab es für das Zentrum keine andere Möglichkeit, als eine Regierung mit der Sozialdemokratie zu bilden. Die taktische Faltung des Zentrums - seine Abkehr bei der Bildung der Regierung Hermann Müller, die Verdrängung zunächst nur eines Horchpostens in die Regierung, die Zurückziehung dieses Horchpostens, die Neutralitätshaltung gegenüber der Regierung und schließlich wieder die Bildung dreier Ministerämter durch Zentrumvertreter - ließ kein Augenblick einen Zweifel, darüber, daß das Zentrum diese Lösung im Innersten verteidigt war. Es unterwarf sich ihr nur, so lange es einfach nicht anders ging. Die Fragen der Außenpolitik konnten nur mit der Sozialdemokratie der Lösung entgegengeführt werden. Aber in diesen Fragen verhielt sich das Zentrum äußerst spröde, es berief sich auf einen sozialdemokratischen Reichstagsführer, der den größten Erfolg der Nachkriegszeit, die Rheinlandung, nicht gönnte. Da aber die Hoffnung des Zentrums auf die Bildung einer rein bürgerlichen Mehrheit auszeichnend durch die Deutschnationalen sich nicht erfüllte, mußte es den Druck unterdrücken und nach langem Zögern mit der Sozialdemokratie gemeinsam die Bereinigung der außenpolitischen Angelegenheiten durchführen.

Schon ein halbes Jahr zuvor waren in dessen Reihen nach rechts hinüber gesponnen worden. Dr. Brüning gab seiner Hoffnung auf die „staatsrechtlichen Kräfte der äußersten Rechten“ schon im Frühjahr öffentlich Ausdruck. Herr Treitner konnte im September bereits einem Parteifreunde brieflich mitteilen, daß das Zentrum zum Bruch mit der Sozialdemokratie entschlossen sei, sobald sich Verhältnisse auf der Rechten genügend geklärt hätten. Die Lösung der kleinen Treitnergruppe von Eugenberg stellte sich nicht die gewünschte Klärung dar. Das Duzend reichte

zur Bildung einer neuen Mehrheit nicht aus, der linke Flügel der Deutschnationalen, der das Eugenbergsche Volksbegehren mitgemacht hatte, war auch nicht geneigt, durch Zustimmung zum Youngplan sich selbst bloßzustellen. Nachdem aber der Youngplan mit Hilfe der Sozialdemokratie Mitte März unter Dach gebracht war, schien Herrn Brüning der Zeitpunkt gekommen, den großen Streich zu wagen.

Als Anlaß, den Bruch herbeizuführen, benützte Herr Dr. Brüning die Frage der Arbeitslosenversicherung. Es kennzeichnet die geheimen Pläne Dr. Brünings, daß er genau in dem Augenblick, in dem eine Verständigung zwischen Sozialdemokratie und Zentrum in der Arbeitslosenfrage in nächster Nähe gerückt war, zum Entschluß seines eigenen Parteifreundes Esser diese Verständigung zerstückte

und die Sozialdemokratie auf die Knie zu zwingen versuchte. Herr Brüning konnte mit diesem Versuch eine von zwei Möglichkeiten erreichen: entweder die Kompromittierung der Sozialdemokratie vor der Arbeiterklasse oder den Sturz der Regierung Müller. Er erreichte die zweite. Trotz aller vorausgegangenen Verhandlungen und Berechnungen ging aber keine Hoffnung, sozial Deutschnationale wie er brauchte zu sich herüberzuziehen, doch nicht in Erfüllung. Er brachte nur eine

Minderheitsregierung zustande. Aber auch als Führer der Minderheitsregierung klammerte er sich bis zur letzten Stunde des aufgelösten Reichstags noch an die Hoffnung, die nötige Zahl von Deutschnationalen zu gewinnen. Darum stieß er die Sozialdemokratie immer wieder vor den Kopf, lehnte die von ihr unter erfüllbaren Bedingungen angebotene Hilfe ab und beschritt lieber, als alle seine Spekulationen fehlschlagen waren, den verfassungswidrigen Weg.

Zur Ablenkung von der falschen Spekulation des Reichstagslers Brüning wird nun seit der Reichstagsauflösung tagtäglich in Wort und Schrift die Generallüge zu fliegen versucht mit einer Anzahl von Einzelügen, die gegen die Sozialdemokratie gerichtet sind.

Wahrheit ist, daß die Sozialdemokratie zur Mitarbeit bei der Befriedigung der Lebensbedürfnisse des Reichs stets bereit war.

Die Bedingungen, die sie stellte, waren selbst in den Augen von maßgebenden Mitgliedern der Regierung Brüning leicht zu erfüllen. Aber der Reichstagsler Brüning lehnte die sozialdemokratische Hilfe ab, weil er, natürlich unterstützt von der Deutschen Volkspartei des Herrn Dr. Schulz, der großen deutschen Arbeiterpartei keinen Einfluß auf die Gestaltung der Geschicke des deutschen Volkes einzuräumen wollte. Im Stich gelassen hat Herr Brüning seine eigene Hoffnung auf die Bildung einer Bürgerblockmehrheit zur Lösung der bestehenden Schwierigkeiten nach den Wünschen des Großkapitals.

Die Behauptung vom Versagen der Sozialdemokratie über die Generallüge dieses Wahlkampfes.

Ledige heute seid Ihr an der Reihe!

Strafmaßnahmen des Bürgerblocks - Die Steuererhöhungen der Müller-Regierung aufgehoben

Ledige Arbeiter und Arbeiterinnen, soweit ihr im Wochenlohn steht! Heute wird euch zum erstenmal die Ledigensteuer abgezogen. Ihr meint, daß dadurch nur diejenigen getroffen werden, die ein Einkommen von wenigstens 220 Mark im Monat haben?

O nein! Gewiß, die Ledigen, die mehr als 220 Mark im Monat oder 54 Mark die Woche verdienen, müssen zu ihrer Lohnsteuer einen Sonderzuschlag von 10 Prozent bezahlen. Aber der Brüning-Block läßt niemand aus. Die breite Masse wird ebenfalls bis zum Äußersten ausgenutzt. Das ist der Sinn des § 15 aus der Notverordnung, die permissiv des Artikels 48 am 26. Juli erlassen worden ist. Er lautet:

„Bei der Lohnsteuer der ledigen Personen finden die Abzüge nach Artikel 1, Nummer 1, der Gesetze zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 23. Juli 1928 für den Arbeitslohn, der für die Zeit nach dem 31. August 1930 und vor dem 1. April 1931 gewährt wird, keine Anwendung.“

Die Novelle zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 23. Juli 1928 wurde unter dem Finanzminister Hülferding Gesetz.

Dadurch wurde die Lohnsteuer um 25 Prozent getürzt. Allerdings bis zum Höchstmaße von monatlich 3 Mark. Diese Kürzung hat der Bürgerblock durch die Notverordnungen für die Ledigen aufgehoben. Wer mehr als 25 Mark die Woche verdient, der zahlt wieder den Lohnsteuerzuschlag, der bis zum Juli 1928 gültig war.

Was ergibt sich daraus? Rechnen wir nach.

Wochenlohn	Steuer nach altem Tarif	Steuer nach neuem Tarif	prozentuale Erhöhung
28 M.	0,30 M.	0,40 M.	33,33 Prozent
35 M.	0,80 M.	1,10 M.	37,50 Prozent
49 M.	1,85 M.	2,50 M.	35,13 Prozent
54 M.	2,25 M.	3,00 M.	33,75 Prozent
55 M.	2,35 M.	3,40 M.	44,66 Prozent
63 M.	3,15 M.	4,25 M.	34,92 Prozent
75 M.	4,35 M.	5,60 M.	28,73 Prozent

Monatslohn	Steuer nach altem Tarif	Steuer nach neuem Tarif	prozentuale Erhöhung
115 M.	1,10 M.	1,50 M.	36,36 Prozent
200 M.	7,50 M.	10,00 M.	33,33 Prozent
230 M.	10,00 M.	14,30 M.	43,00 Prozent
250 M.	12,00 M.	16,50 M.	37,50 Prozent
300 M.	17,00 M.	22,00 M.	29,41 Prozent
500 M.	37,00 M.	44,00 M.	19,00 Prozent
600 M.	47,00 M.	55,00 M.	17,00 Prozent

Die ledige Stickerin, die Verkäuferin, der ledige Arbeiter, der ledige Geschäftsmann, soweit sie nur geringe Wochenverdienste haben, werden durch eine Steuererhöhung von 33,33 Prozent mehr belastet.

Der gutbezahlte ledige Angestellte zahlt nur 17 Prozent. So will das der Bürgerblock.

Er legt den Ledigen eine Sondersteuer auf. Der Krieg hat etwa zwei Millionen Männer dahingerafft. Dadurch verringert sich die Heiratsmöglichkeit für die ledige Frau.

Nach zehn Jahre nach dem Kriege wird sie dafür mit einer Sondersteuer bestraft.

Der Bürgerblock befreit die Steuerermäßigung, die Hülferding gewährte.

Rechnet ab am 14. September.

Wählt Sozialdemokraten, wählt Liste 1!

Der **Zentrums**-Abgeordnete **Schlack** nannte die vom **Zentrum** geführte **Bürgerblock**regierung die **reaktionärste** Regierung seit der **Revolution**.



Sicherung der Demokratie ist die Vorbedingung der Wirtschaftsgesundung

Ein Rundfunkvortrag Paul Herz's über die Wirtschaftslage

Berliner Rundfunk sprach am Montag der Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Herz über die Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik. Zusammenfassend sagte Herz über die Wirtschaftslage der Wirtschaftskrise:

Die wichtigste Rolle zur Überwindung der Wirtschaftskrise ist die Herabsetzung der Preise. In dem Maße, wie die Preise sinken, sinkt auch das Schicksal des deutschen Kapitalismus. Das Berliner Handelshochschule, Dr. Bonn:

Der Kapitalismus kennt nur eine Methode zur Überwindung der Wirtschaftskrise: Herabsetzung der Preise, damit Waren auf einen Markt gebracht werden, der der Kaufkraft der Abnehmer entspricht.

Die wichtigsten Standpunkte hat auch die jetzige Reichstagsversammlung angenommen, als sie in der Begründung zu den Beschlüssen darlegte:

Die mangelnde Anpassung der gebundenen Preise in der Wirtschaft der Welt, in der die gesamte deutsche Wirtschaft unter dem Druck einer schweren Depression steht, erschwert und verzögert die Herabsetzung der Preise, führt zum Bruch der Arbeitskraft und technischer Anlagen weit über das hinaus, was durch die Krise an sich bedingte Maß hinaus.

Es ist daher nach dieser Erkenntnis nicht erstrebenswert, daß von den großen Wirtschaftskräften zum Einverständnis Kartelle und Monopole und zur Senkung der Preise, bei Erhaltung des Reallohnes und der Unterstützung der Unfertigen ist jedoch nach wie vor die entscheidende Maßnahme zur Besserung der Wirtschaft im Frühjahr gesetzte Hoffnung auf allmähliche im Laufe des Sommers hat sich nicht erfüllt. Das ist demnach ein Zeichen, daß die Senkung der Preise als auch der Sturz der Preise für Rohstoffe die entscheidende Momente darstellen. Daß sie keine Wirkung

gehabt haben, daß der Niedergang der Wirtschaft weiter fortgeschritten ist, beruht im wesentlichen auf einer Verdrängungskrise. Sie ist zurückzuführen auf die politische Unsicherheit, die die Auflösung des Reichstages, die Anwendung des Artikels 48 und gewisse abenteuerliche Pläne für die Zukunft gebracht haben. Diese Auffassung wird auch in dem letzten Bericht des Instituts für Konjunkturforschung vertreten. Ferner ist die Unsicherheit hervorgerufen durch die mangelhafte Sanierung der öffentlichen Finanzen. Nach wie vor gilt der von mir seit Jahr und Tag vertretene Standpunkt, daß die Sanierung der Finanzen der Sanierung der Wirtschaft vorausgehen müsse und man die Sanierung der Finanzen nicht von der Sanierung der Wirtschaft abhängig machen dürfe.

Noch wichtiger aber ist die Beseitigung der politischen Unsicherheit. Die Kapitalflucht, eine der wichtigsten Ursachen für die Schärfe der Krise, hat in den letzten Wochen, wie allseitig zugegeben wird, einen geradezu verheerenden Umfang angenommen und immer weitere Kreise erfaßt. Ohne Zweifel hat auch das auf die Gesamtwirtschaft ebenso ungünstig gewirkt, wie die Unsicherheit über die politische Zukunft in Deutschland. Die Stagnation am Arbeitsmarkt, die feststehende Unternehmungskrisis, die Unsicherheit an der Börse, das alles sind Symptome, die gefährlich politische Unsicherheit für das Wirtschaftsleben ist. Wird sie nicht beseitigt, wachsen die Wirtschaftsschwierigkeiten, bleibt die Arbeitslosigkeit Dauerzustand.

Die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände, die unbedingte Sicherung des demokratisch-parlamentarischen Regierungssystems und das Festhalten am außenpolitischen Beständigkeitsgedanken sind daher die oberste Voraussetzung für einen Wirtschaftsverlauf, an dessen Ende die Wirtschaftsgesundung stehen soll.

Die Polizei, die während der Versammlung wiederholt eingreifen mußte, nahm insgesamt 72 Störenfriede fest. Sie warfen — in der Hauptsache Nationalsozialisten — bei dem Abtransport unbemerkt Schlagringe, Dolche und Pistolen fort, die später von Polizeibeamten gefunden und beschlagnahmt wurden.

Neue SPD-Lüge widerlegt

Chemnitz, 8. September. (Eig. Drahtbericht.) Die Berliner „rote Fahne“ und andere Blätter der SPD haben dieser Tage behauptet, daß auf dem vor 14 Tagen stattgefundenen Bezirksparteitag der SPD in Chemnitz der Delegierte Hunger aus Schopau gesagt habe, die Regierung Müller habe Deutschland durch ihre unsinnige Politik bis an den Rand der faschistischen Diktatur gebracht.

Dazu erklärt die Chemnitzer Bezirksleitung der SPD: 1. Kein Delegierter des Bezirksparteitages hat eine solche Behauptung aufgestellt. 2. Unter den 271 Delegierten ist überhaupt keiner mit dem Namen Hunger gewesen. 3. Die Ortsgruppe Schopau hat nicht einmal ein Mitglied namens Hunger. Damit ist die Behauptung der kommunistischen Presse als eine ebenso dumme wie dreiste Wählüge gebrandmarkt.

Die Konferenz der Außenminister in Genf

Einstimmige Annahme einer Entschlieung zum Panuropa-Problem

Genf, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Konferenz der Außenminister von 27 europäischen Staaten nahm am Montag auf Vorschlag Briands einstimmig eine Entschlieung an, in der es heißt, daß eine enge Zusammenarbeit aller europäischen Staaten notwendig ist. Briand wurde beauftragt, der Vollversammlung des Völkerbundes sein Memorandum zu unterbreiten. Er wird der Versammlung zugleich Vorschläge zur praktischen Durchführung seines Projektes zur Kenntnis bringen.

Die Besprechung der Außenminister dauerte mehrere Stunden. Die Debatte war von England hervorgerufen, dessen Vertreter befürchteten, daß Briand die einzelnen Staaten von vornherein in einer bestimmten Richtung für sein Projekt engagieren wolle.

Paris, 9. September. (Eigener Funkbericht.)

Das gestrige Duell zwischen dem englischen Außenminister Henderson und Briand in der Eröffnungsitzung der Europakonferenz in Genf wird von der Pariser Presse lebhaft kommentiert. Die gemäßigten Blätter und die Linkspresse erblicken in dem Umstand, daß Briand gegen den Widerstand Hendersons einen Beschluß der 27 Mächte für das Europaprojekt erzwungen hat, einen nicht zu unterschätzenden Sieg auf dem Wege zur Verwirklichung des Projektes. „Die Sturmwolke, die über Europa schwebte, ist durch die Magie der französischen Beredsamkeit zerstreut worden“, erklärt das „Journal“, in dem es Briands Aktion auf der Konferenz feiert. „Briand hat unfehlbar die erste Partie in dem Spiel gegen die maskierten Feinde des Europapactes gewonnen“, schreibt das „Deuore“.

Die Rechtspresse wird natürlich des Sieges Briands nicht froh. Bertinaz erklärt im „Echo de Paris“: Durch die Weiterentwicklung der Sache des Europapactes öffne man nur den Revisionismünchens Deutschlands und Italiens das Tor. Die Gruppierung der 27 Staatsmänner um Henderson oder Briand habe ganz klar die Spaltung Europas in zwei Fronten wiedergespiegelt, in die Front der Verteidiger des Status quo von 1919 und in die Front jener, die einer Revision der Friedensverträge nicht unfeindlich gegenüberstehen.

Die Krise der Heimwehr

Die Tiroler Heimwehr misstrauisch gegen Starhemberg

In einer Versammlung der Tiroler Heimwehrführer in Innsbruck erklärte der seines Amtes enthobene Heimwehrführer Dr. Steidle, daß er seinem Nachfolger Starhemberg reserviert gegenüberstehen müsse, so lange dieser sein Programm nicht entwickelt habe. Er nehme für sich das gleiche Recht in Anspruch, das Starhemberg seinerzeit für sich in Anspruch genommen habe, daß die Landesführung der Bundesführung vorangehe. Starhemberg stehe dem Major Pabst feindlich gegenüber und werde nichts für ihn tun.

Der Amsturz in Argentinien

Standrecht über dem ganzen Land — Auflösung des Kongresses

Die Revolutionsregierung hat über ganz Argentinien das Standrecht verhängt und den Kongreß aufgelöst. In einer Proklamation erklärt die Regierung, daß sie die Verfassung achten und bald Neuwahlen ausgeschrieben werde. Alle Regierungsmitglieder haben sich ehrenwörtlich verpflichtet, bei den kommenden Präsidentschaftswahlen nicht zu kandidieren.

Die Einrichtungen und sämtliche Akten der zwei Zeitungen, die Frigoyen nahestanden, wurden verbrannt. Auch die Einrichtung der Wohnung Frigoyens, der am Montag auf Veranlassung der Revolutionsregierung wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, ist völlig zerstört worden. Gegen zahlreiche Beamte der vergangenen Regierung ist Haftbefehl ergangen. Maßnahmen gegen die Mitglieder der verlassenen Kabinetts sind nicht beabsichtigt.

Gegenrevolution in Argentinien?

Die Associated Press teilt mit, daß sie am Abend aus Buenos Aires in rascher Folge mehrere lakonische Telegramme erhielt, nach denen die argentinische Flotte das Regierungsgebäude in Buenos Aires bombardiert habe. Telegramme mit näheren Einzelheiten seien nicht mehr eingetroffen, was offenbar auf die Verhängung der Zensur infolge einer Gegenrevolution schließen lasse.

Buenos Aires, 9. September. (Eigener Funkbericht.)

Am Montag abend, kurz nachdem die neue Regierung unter Uriburi inmitten imposanter Massenmengen den Amtseid geleistet hatte, sind hier neue Unruhen ausgebrochen. Das Geschützfeuer und die Gewehrsalven waren weitläufig hörbar. Der Bevölkerung demütigte sich eine starke Erregung. Man spricht von einer gegenrevolutionären Bewegung zweier Regimenter und von blutigen Kämpfen um die Militärkaserne. Die Flotte, deren Haltung noch unklar ist, soll zur Beschießung der Regierungsgebäude entschlossen sein.

Woh, daher weht der Wind?

In halbamtlichen Kreisen wird die Revolution in Argentinien günstig beurteilt. Frigoyens Regime war von einer wachsenden Feindseligkeit gegen USA. befeuert. Er lehnte in den letzten Jahren jede Zusammenarbeit mit Washington ab. Von der neuen argentinischen Regierung erwartet man, daß sie um gute Beziehungen zu USA. bemüht sein wird.

Sieht es auch in Rußland?

Die kubanische Regierung verhängte über die Orientale Provinz, weil in der Garnison Palma Sario ein weitreichendes Aufstandspläne entdeckt wurde, das Standrecht. Die Bewegung soll sich auf militärische Garisonsplätze ausdehnen.

Die Zerstörungssarbeit der KPD.

Ihre neuesten Objekte sind die Konsumvereine

Kommunistische Partei entartet unter ihrer Führung immer mehr. Immer häufiger wird es, daß führenden Funktionärstellen mit Deuten werden, die keinerlei Verbindung mit der Arbeiterbewegung und ihrer Tradition haben. Die Folge ist, daß diese Sorte von Führern Dinge hinwegsetzt, die seit vielen Jahrzehnten für jeden organisierten Arbeiter eine Selbstverständlichkeit sind.

In dieser Führung wird die Wendung der Kommunistischen Partei gegen die Genossenschaften sichtbar. Überall versuchen die Kommunisten in die Vereine der Arbeiterschaft einzudringen, um sie zu zerstören.

Einige Beispiele: in Halle hat eine kommunistische Mehrheit schamlos im Allgemeinen die Vereine gewirkt und ihn an den Rand des Ruins gebracht.

Der Versuch ist die kommunistische Leitung zu drängen, den Konsumverein von der G. S. und Genossenschaftlichen Eigenproduktion los-

zulassen und ihn zu einer Filiale der kapitalistischen Markenfabrikanten zu machen.

In Breslau aber feiert die kommunistische Parteizeitung im redaktionellen Teil den Ebelas-Berband. Der Ebelas-Berband, das ist ein Zusammenschluß der Kolonialwaren- und Delikatessengeschäfte, eine durchaus mittelständlerische Gründung, die ihre politische Vertretung in der Wirtschaftspartei erblickt. Mehr noch, es ist eine ausgesprochene Kampforganisation gegen die Konsumvereine!

Gegen die Arbeiterkonsumvereine — aber für die Verbände der reaktionären Mittelständler, das ist eine laubere Parole für eine sogenannte Arbeiterpartei!

Der fanatische Haß gegen alles, was die deutsche Arbeiterbewegung erlangt und geschaffen hat, führt die KPD. an die Seite der reaktionären Wirtschaftspartei.

Arbeiter! So wird in dieser Partei mit euren Interessen verfahren! Zeigt diesen Herabsetzern der Arbeiterbewegung, daß ihr euch von ihrem Treiben abwenden!

Nationalsozialistische Korruption

Große Unterschlagungen dreier nationalsozialistischer Stadtbeamten in Gotha

Weimar, 9. September. (Eigener Funkbericht.) Die Gothaer Stadtkämmerei sind größere Unterschlagungen aufgedeckt worden. Die Urheber der Unterschlagungen sind ausschließlich Nationalsozialisten.

Der Hauptbeteiligte, das nationalsozialistische Stadtratsmitglied, Stadt-Oberbürgermeister Hugo Schmidt, hat sich in seiner Wohnung mit Selbstmord versucht. Der Stadtssekretär Meng, ebenfalls nationalsozialistisch, hat sich am Montag vormittag erhängt. Der dritte Beteiligte an dem Skandal, der gleichfalls nationalsozialistischer Partei gehört, ist vorläufig un-

bekannt. Die Verhaftungen der nationalsozialistischen Beamten und die Erstickung der einen längeren Zeitraum; sie werden in Unterschlagungen in der unberechtigten Entnahme von Darlehen und Borschüssen aus der Stadtkasse.

Eine Lügenschrist gegen die Sozialdemokratie

Die deutsche nationaler Seite wird eine Broschüre des Reichsbürgerrats, Berlin W. 35, verbreitet. „Berufsbearbeitung, Parteidiener und Klassenjustiz“ Diese Lügenschrist gegen die Sozialdemokratie enthält Wahllügen, wie sie gemeiner kaum seit dem ersten Weltkrieg unter anderem behauptet, daß der frühere Innenminister Grzesinski dem Vorsitzenden des Preussischer Polizeibeamter im Jahre 1928 wörtlich haben soll:

„Ich kann Ihnen versichern, daß wir nach den nächsten Wahlen so weit sein werden, um unser Parteiprogramm von 1913 in bezug auf Abschaffung des Berufsbeamten durchzuführen zu können.“

Die angebliche Aussage, der bereits im Jahre 1928 ein Antrag im Preussischen Landtag war, ist nicht erlogen! Es gibt überhaupt kein Parteiprogramm der SPD vom Jahre 1913.

Es ist kein sozialdemokratisches Programm, in dem die Abschaffung des Berufsbeamten verlangt wird, sondern hat sich immer noch im Jahre 1928 noch zu einer Zeit, die ihm unterhöhen Anspruch getan oder je Abschaffung des Berufsbeamten gefordert.

Die andere Bemerkung der Broschüre lautet: „Den wichtigsten Posten in Preußen, das Personal der Innenministerien, hat ein Sozialdemokrat inne. Von der Parteigenosse zur Seite, der bis zu seiner Berufung als Parteigenosse in Berlin war und über ein ausgebildete Beamte hinweg zum Ministerialrat wurde.“

Die KPD. für die Fememörder

Die kommunistische Presse schreit laut auf, weil die Sozialdemokratie die kommunistische Rolle bei der Frage der Amnestie für die Fememörder aufgedeckt hat.

Allen Abseignungsversuchen gegenüber sei noch einmal festgestellt:

Die kommunistische Partei hat bei der zweiten Lesung der Amnestie für die Fememörder im Reichstag dem Gesetz noch auf das Schärfste widersprochen.

In der dritten Lesung aber haben die Kommunisten dem Amnestiegesetz zugestimmt.

Die KPD. ist also für die Befreiung der Fememörder eingetreten.

Weshalb diese Wendung? Zwischen der ersten und der zweiten Lesung haben die Kommunisten einen Handel mit der Wirtschaftspartei und dem wirtschaftsparteilichen Justizminister abgeschlossen. Sie haben sich durch die Zusage, daß Hochverratsverfahren gegen die kommunistischen Abgeordneten Städer, Thälmann, Rippenberger und Scheller nach der Auflösung des Reichstages nicht durchgeführt werden!

Erst nieder mit den Fememördern — dann heraus mit den Fememördern aus den Gefängnissen!

Diese Haltung paßt vortrefflich zu der neuesten Entwicklung der kommunistischen Partei. Erst hieß die Parole: Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft — und jetzt gesteht die KPD. öffentlich ihr Bündnis mit den Faschisten zu.

Wer KPD. wählt, wählt die Faschisten und befreit die Fememörder!

„Trevianus, was ist ein Ehrenwort?“

Das fragen ihn keine eigenen früheren Parteifreunde

Die konservative Volkspartei hielt am Montag abend im Berliner Sportpalast eine öffentliche Wählerversammlung ab, die in der Hauptsache von Nationalsozialisten und Nationalsozialisten besucht war. So daß es wiederholt zu tumultuarien Ausbrechungen kam. Unter anderem war der abgeordnete „Eigentümer“ Goebels in Begleitung einer „Leibwache“ erschienen.

Als der erste Redner Bettow-Borbe das Wort nahm, riefen die Nationalsozialisten Chorgesänge an. Auf Veranlassung des Versammlungsleiters griff die Polizei schließlich ein und entfernte die Redner, an ihrer Spitze den abgeordneten „Eigentümer“ Goebels. Auch als bald darauf der Minister Trevianus das Wort nahm, kam es wiederholt zu tumultuarien Ausbrüchen. Als Trevianus zum Beispiel zu sprechen begann, wurde auf der Galerie ein großes Plakat aufgezogen, auf dem in großer Schrift zu lesen stand: „Trevianus! Was ist ein Ehrenwort?“

Die Antwort ergab sich von der Galerie ein Regen deutschnationaler Hingelächler.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

OTTO WELS spricht

Preis 20 Pfennige

heute 20 Uhr im großen Saale des „Schießwerder“

Parteilosen frei

Aufmarsch zum gemeinsamen Anmarsch!

Aufmarschplan siehe gestrige Ausgabe

Wie wird gewählt?

Geht frühzeitig zur Wahl!

Die Wahl zum Reichstag findet am Sonntag, den 14. September, in der Zeit von 8 bis 17 Uhr statt. Nach dem Wahlrecht dürfen nur noch diejenigen Wähler zur Stimmabgabe zugelassen werden, die zu diesem Zeitpunkte schon im Abstimmungsraum anwesend waren. Um großen Andrang und Unruhe zu vermeiden, empfiehlt es sich, die Wahlung in den Vormittagstunden oder um die Mittagszeit vorzunehmen. Die Stimmzettel sind für alle vorangegangenen Wahlen, amtlich hergestellt worden dem Stimmberechtigten im Abstimmungsraum auszugeben. Sie enthalten für alle zugelassenen Wahlvorschläge Namen der Parteien und die Namen der ersten vier Bewerber eines jeden Vorschlages. Der Stimmberechtigte hat durch einen in den hierfür gekennzeichneten Platz, am zweckmäßigsten durch ein in den Kreis gesetztes Kreuz, den Wahlvorschlag zu bezeichnen, dem er seine Stimme geben will. Wähler, die körperliche Gebrechen behindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig in den Abstimmungsraum zu legen und diesen dem Wahlvorschlag zu übergeben, dürfen sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen. Die Ausfertigung der Stimmzettel bleibt allein der Entscheidung des Wahlberechtigten vorbehalten. Alle weiteren, die Wahlung betreffenden Vorschriften, sowie ein Verzeichnis der Wahlbezirke und ein alphabetisches Straßendverzeichnis, das dem Wahlberechtigten mitgegeben ist, zu welchem Wahlbezirk er zu gehen hat, sind in Form einer Bekanntmachung des Magistrats an öffentlichen Anschlagstellen während der Zeit vom 8. bis 14. September dieses Jahres angeheftet.

Wichtige Rundgebung im Westpark

Am Samstag abend marschierte die Parteigenossenschaft des Westparks wieder durch ihren Bezirk. Lange vor Beginn der Demonstration hatte sich im Westpark, wo die Kapelle des Westparks ein Platzkonzert veranstaltete, eine große Menschenmenge angesammelt, die den großen Platz und die umliegenden Straßen füllte. Schnell hielt Genosse Kluge eine Ansprache an die Massen, während sich die Parteigenossen zum Demonstrationszug formierten, der trotz des schlechten Wetters wieder eindeutig zum Ausdruck brachte, daß die Massen der Bevölkerung zur Sozialdemokratie stehen. In der Mariannen-, Karthaus-, Andersen- und Jahnstraße, an der die Fenster gerufen, die überall geöffnet wurden und die Menschen die Genossen Marsch und Marschall schrien, mit denen sie die Wähler aufriefen, am Sonntag ihre Pflicht zu erfüllen und durch Abgabe des Stimmzettels für die Liste 1 ihre Verbundenheit mit der von den Parteigenossen geleiteten Partei der Arbeiterklasse zum Ausdruck zu bringen. Immer wieder stimmten die Demonstrierenden und die Parteigenossen in die Hochrufe auf die SPD. Einmal wieder hielten die Sprecherrufe „Wählt Liste 1“ die Straßen. Mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale löste sich im Westpark der Demonstrationszug wieder auf. Als die Kommunisten von dem Massenaufmarsch im Westpark zurückkehrten, erschienen sie schnell mit einem Häuflein ihrer Parteigenossen, ließen auch einen Redner zu Wort kommen und verkündeten die Massen zur Beteiligung an ihrer Demonstration zu kommen, mußten aber mit ihrer fünf Duzend Anhängern allein marschieren, wie sie gekommen waren. Sie werden sich nach ihrer bisherigen Praxis heute in der „Arbeiterzeitung“ halten und ihren Gläubigen melden, daß sie zu den Parteigenossen gehören.

Kommunistische Wahlarbeit

Am Samstag abend gegen 11 Uhr vollbrachten die Kommunisten einen großen Erfolg bei ihrer Wahlarbeit. Sie besuchten die Wahllokale im Westpark, wo sie die Wahlarbeit leisteten, die Klostertstraße entlang, kamen etwa 50 bis 60 Kommunisten aus ihrem Bezirk heraus, die die Wahllokale besuchten und die Wahlberechtigten zur Teilnahme an der Wahl ermahnten. Die Wahlberechtigten, die die Wahllokale besuchten, wurden von den Kommunisten in die Wahllokale geleitet, wo sie die Wahlzettel ausgeben und die Wahlberechtigten zur Teilnahme an der Wahl ermahnten. Die Wahlberechtigten, die die Wahllokale besuchten, wurden von den Kommunisten in die Wahllokale geleitet, wo sie die Wahlzettel ausgeben und die Wahlberechtigten zur Teilnahme an der Wahl ermahnten.

In der Versammlung des Gegners

Herr Geheimrat hält eine Wahlrede

Bei Hugenberg im Zirkus Busch. Hugenberg spricht! Man konnte es auf kleinen Einladungsflugblättern erfahren, sah es auch am Sonntag vormittag an der großen Wagenauffahrt vor dem Zirkus Busch und an einer vollen Versammlung, die ohne diesen vielgenannten Namen die Deutschnationalen nie hätten zustande bringen können. Dreierlei interessiert den Gegner: die Person Hugenbergs, seine Stellung zu den abgetrennten Parteipolitikern und seine Einstellung gegenüber den Nazis. Das andere ist hinreichend bekannt. Da stand er nun in der Manege, umschmeichelt von allerhand Lokalgrößen, umjubelt von seinen letzten Mannen und Barben, ein Herr Geheimrat von martialischem Aussehen mit etwas eigenwilligem Gesichtsausdruck; ein nicht mehr ganz moderner Schnurrbart gibt diesem Gesicht etwas Fortschrittliches, Draufgängisches, wie er bisweilen ein solches Lächeln verstrahlt. Ein Eisenhädel, in dem Willensenergien nicht gerade von geistigen Potenzen gelenkt und gezügelt werden. Typisch hierfür und seine hinreichend bekannte Politik ein von ihm wiederholter Ausspruch: — ich sehe auf dem Boden und da wird eben der Weg gefahren, den ich für richtig halte.“ Diktaturgedenke, die hier Beifall findet, aber mit der Spaltung der einst größten Bürgerpartei herbeigeführt hat. Die Spaltung, die Herr Geheimrat nicht sehen will, wenn er immer wieder nur von „ein paar davon-gelaufenen Parlamentarier“ spricht. Ausgerechnet in Breslau, wo ihm X seiner ehemaligen Abgeordneten danongelaufen sind. Hugenberg redet — rhetorisch durchaus nicht schlecht — in der ersten Hälfte seines Referates nur gegen die Gruppen, die sich von ihm lösten, besonders gegen die neue Landvolk-Liste, beteuert sein großes Interesse für die Landwirtschaft, verweist es, auch an allerhand Gefühlsphänomene zu appellieren, so wenn er Briefe seines Sohnes erwähnt und bange Zukunftsaussichten Raum gibt. Nachdem er gegen die „Bürokratie des Landbundes“ zu Felde gezogen, bekommt zum Trost anwesender Agrarier auch der „Reichsverband der deutschen Industrie“ ein auf den Kopf und der „Christlich-Sozialer Volksdienst“ (ein anderer Laden ehemaliger Deutschnationaler) muß sich bescheiden lassen, daß er sich gar nicht christenmäßig benehme, da er doch mit dem christenfeindlichen Braun-Kabinett sympathisiere.

Schlecht, sehr schlecht ergeht es dem Zentrum, da es dem Rat des Geheimrats nicht folgte. Sozialdemokraten aus Preußen herauschreit und nicht mit Deutschnationalen Reich und Preußen regieren will. Dabei habe er, Hugenberg, noch 24 Stunden vor der Auflösung des Reichstages Brünning ein solches Angebot gemacht. Und Brünning wäre wohl bereit gewesen, wenn er, wie er sich wörtlich ausgedrückt haben soll, Einfluß auf das preußische Zentrum gehabt hätte. Mit Hilfe der Nazis hofft er nun, der „Schwartzpolitik des Zentrums“ ein Ende und eine „starke Politik“ für die Zukunft machen zu können. Wenn auch ihm ein wenig lange wird — vor der Wirtschaftspolitik dieser Phrasenhelden. Gerade mit diesen wenigen Sätzen bewies Hugenberg die starke Identität mit den Nationalsozialisten und deutlicher wird hierbei auch seine bisherige Politik, die darauf hinauslief, bestimmte Wirtschaftsprinzipien, so auch die Arbeiterbewegung, bewahrt aus den Reihen der Deutschnationalen hinauszuwringen, um, wie er sich ausdrückte, zu einer „Anerkennung des Systems zu kommen und mit der parlamentarischen Schwärze Schluss zu machen.“ So steht zum Schluss dieser Hugenberg in seinem Willen doch eindeutiger da, als man ihn bisher nach seinen Taten zu beurteilen pflegte. Wir werden ihn in Zukunft weniger ob seiner Doppelmäßigkeit zu belächeln, vielmehr als brutalen Nachtmenschen zu betrachten haben.

Also sprach Scholz

Kampf des deutschen Bürgertums gegen die sozialistische Idee

Die Anhänger der Deutschen Volkspartei vermögen in Breslau ebensowenig wie die der Staatspartei den Schießwerderaal zu füllen. Aber auch abgesehen von mangelnder Fülle hat das Bild dieser Versammlung im wesentlichen die gleichen Aspekte; gut bürgerliches Publikum mit fundierten Ansichten und Erfinden, auf der Bühne zwischen symbolischem Grün die symbolische Ausgeglichenheit des deutschen Bürgertums gegenüber allen grundsätzlichen Fragen durch zwei Fahnen, eine schwarz-weißrote und eine schwarz-rot-goldene, wirksam dargestellt, eine Einführungsansprache mit juristischer Erläuterung des Hausrechtes und zum Schluss das Deutschlandlied. Inhaltlich war das Niveau allerdings wesentlich besser wie bei den staatsbegehenden Jungdemokraten. Herr Scholz entwickelte klar und deutlich, unter Verzicht auf Phrasen, seine politische Idee, sein politisches Programm, die Ideologie des Bürgertums in ihrer ganzen Gegensätzlichkeit zur Sozialdemokratie. Seine Argumente waren für den kritischen Zuhörer — wie die Gespräche vieler Zuhörer bewiesen — auch jenseits unserer Enghörigkeiten keineswegs stichhaltig; doch sie wurden schlagend, deutlich und ohne jenes blödsinnige Geschwätz paratragender, das mitunter zum eigenen Bestand vieler gegnerischer Parteien geworden zu sein scheint. Scholz warb nicht nur für seine Liste, er warb für die bürgerliche Sammlung schlechthin. Er möchte das Zentrum — ist das noch nötig? — nach rechts hin schieben und das Bürgertum sammeln. Das sei notwendig, wolle man den Nazis gegenüber den Grundgedanken des Bürgertums, — wie Scholz sagte, das hört sich besser an, Privatwirtschaft — als Fundamentalfaktor der Weimarer Verfassung verteidigen. Von dem Satz, daß Eigentum verpflichtet, sprach er begeistert, wolle nicht, daß er von der national eingestellten Arbeiterklasse, die Deutschland angeht, dringend benötigt. Zur Erzeugung dieses Nationalgefühls will die Volkspartei nach Dr. Scholz die „Selbstverantwortung des Einzelnen“ fördern, damit nicht der „fleißige Arbeiter“ unverantwortliche Ergänzungen durchschleppen müssen, die es zu hunderttausend verhindern, sich mittels Arbeitslosenunterstützung und Schwarzarbeit ein „hegales Leben“ zu sichern. Scholz meint demnach auf den Stempel

stellen direkt zu Hause zu sein; woher käme er sonst zur Kenntnis derartig epochemachender Neuigkeiten. Im Ernst gesprochen, hier hatte man das Gefühl, daß der einseitig aber ruhige Sprecher sich auf die abschüssige Bahn bedenkenloser Anwendung von Schlagworten begab.

Insgesamt hatte Dr. Scholz zur Sozialpolitik zu sagen, daß die Voraussetzung aller Sozialpolitik die „Tragbarkeit“ der entstehenden Lasten durch die Wirtschaft, ein fast noch gefährlicheres Schlagwort sei. Nicht der Mensch steht also im Mittelpunkt der Überlegung, sondern die Belastung der Profitrate, die ja bekanntlich trotz der Krise lange nicht bei allen wirtschaftlichen Unternehmungen Deutschlands im Abnehmen begriffen ist. In deutlicher Sprache unmissverständlich ausgedrückt, liefen die hier beigebrachten wohl abgewogenen Formulierungen darauf hinaus; wir bauen ab. Ebenso bürgerlich begrenzt ist der Gesichtskreis der Volkspartei natürlich auch auf allgemeine wirtschaftliche Fragen. Die Krise ist für Dr. Scholz nicht — was sogar bürgerliche Volkswirtschaftler im allgemeinen nicht mehr bezweifelten — aus der Diskrepanz von unregelmäßiger Produktion, unregelmäßiger Warenverteilung und mangelnder Kaufkraft, sondern wesentlich einfacher durch — zu hohe Steuerbelastung zu erklären. Die Nazis sind ihm zu — sozialistisch, Hugenberg zu utopisch; das Zentrum aber gefällt ihm ganz gut.

Auch sonst hatte der Führer der Volkspartei allerhand zu sagen. Er sprach selbstverständlich von den unmissbaren Grenzen, besaß aber zweckmäßigweise den Willen zur „friedlichen Vereinigung“, und kurz darauf sein Bekenntnis zur Wehrhaftigkeit, zur Reaktivierung deutscher Kolonialpolitik — Deutschland sei nämlich „durchaus“ imstande, zu kolonisieren, das heißt, die Eingeborenen auszubenten — und schließlich zur deutschen Kultur, da die „Kraftquellen deutschen Geistes“ nach seiner bescheidenen Ansicht von keinem Volk auf Erden übertroffen werden, wobei dann eine kleine Spitze gegen russische Filme zum Ausdruck brachte, daß besagte Kraftquellen den Vorzug haben, in ihren politischen Wirkungen durch Jahrhunderte unerschütterlich geworden zu sein. Die Sozialdemokratie bekämpft Scholz natürlich, denn sie zeigt zu wenig Verantwortungsbehaftetheit, habe ihre Führer im Stiche gelassen, als diese einseitig geworden seien. Würde sie mehr, Staats- und weniger Klassenbewußtsein entfalten, dann könnte sie auch Scholzen gefallen. Aber dem ist nun mal nicht so. Daher ruft er auf zum „Kampf des deutschen Bürgertums gegen die sozialistische Idee“.

Politik aus der Froschperspektive

Väckermeister Drewig bündelt politische Bezüge für die Wirtschaftspartei

„Mittelstand, Dein Führer...“ stand auf den Plakaten, die Herr Drewig, M. d. R., für Sonntag vormittag als Redner der Breslauer Wirtschaftspartei ankündigte. Der Ruf nach dem Führer ist ja jetzt starke Mode bei den bürgerlichen Parteien, da der starke Mann ihnen die tragende Idee ersuchen soll. Herr Drewig aber entpuppte sich wie alle als ein sehr biederer und gemütlicher Mann. Den Väckerfittel hat er zwar ausgezogen, aber er bündelt weiter. Leider nur fallen seine politischen Bezüge so wenig knauperig aus! Daß sich manche verärgerten Schlächtermeister, Restaurateure, Postkretzler und Kolonialwarenhändler Wirtschaftspartei nennen, ist ein Beispiel für die Selbstüberschätzung, an der das deutsche Kleinbürgertum stets gekrankt hat. Niesmacherpartei wäre richtiger; denn nichts paßt diesen Leuten. Dem Befreiungskampf des Proletariats vermögen sie nicht zu begreifen, und an das Großbürgertum können sie nicht heran. Dem Vorker aber muß Luft geschaffen werden. Also schimpft man über alles, über die „hohen Gehälter und Pensionen“, über den „aufgeblähten Staatsapparat“, über die „sinnlose Ausgabenwirtschaft“, über die Löhne der Arbeiter, über die Subventionen an die Industrie und so fort. Was anderen Leuten selbstverständlich und sogar begründbar erscheint, nämlich daß die Ausgaben des Staates seit der Inflation gewachsen sind, findet Herr Drewig schon höchst bedauerlich. Der Finanzminister müßte wie ein geiziger Pfahlbürger jeden Böhm lehrsam umbrechen, bevor er ihn ausgibt; so möchten das diese Leute. „Sparen, sparen, sparen“, meint die Wirtschaftspartei. „Wir haben nichts mehr zu verschleudern in Deutschland“, verkündet der Väckermeister. Arbeitsgerichte, Arbeitsämter, alles überflüssige Einrichtungen, die nur Geld kosten. Und überhaupt diese Konsumvereine. Der Sozialismus ist vom Uebel. Die Wirtschaft in Deutschland muß vom Mittelstandesgeist geführt werden. „Der Staat soll uns ungeschoren lassen, wir helfen uns selbst. Wenn das der Grundgedanke der Allgemeinheit wird, kommen wir aus dem Finanzloch bald heraus!“ Fortschritt gesetzlich verboten! Der Reichstag als Stammtisch! Deutschland als Krämerladen! Wer das will, wähle Liste 7!

Fusion oder Konfusion?

Krisen-jüdischer Klubabend der Staatspartei

Der Mensch muß immer vornehm sein. Die Deutsche Staatspartei, das Sammelbecken der deutschen Elite, ist der unerschöpflichen Massenversammlungen müde. Man kann doch unmöglich verlangen, daß die gepflegte und gutgeleitete Welt ihren politischen Wankern in plebejischen Establishments Ausdruck gibt. Mozartsal in der Hermannstraße, das läßt sich eher hören. Dort ist man unter sich. „Wir wollen keinen Schmus, sondern Taten“, meinen nach Beendigung der gestrigen Staatsparteiung zwei Wähler zueinander, als sie die Treppe im Logenhaus hinabstiegen. Was nämlich der erste Redner, Reichsanwalt Hermann des Jungdeutschen Ordens, der Versammlung offerierte, war wirklich Schmus, allerdings Edelshmus, so wohlgeleitet und ethisch formuliert, daß er selbst den humanitätsgeheulenden Logenbrüderorden einging. Schwelende Phrasologie und nichts dahinter: „Gefühl“, „Schmerz“, „bewußt hineinstecken in den Staat“, „der Nation verhaftet“, „erlebtes Deutschland!“ Man muß regelrecht bewundern, wie geschickt die Staatspartei den Wankern in der Hermannstraße gewisser Staatsbürgers in Rechnung zu stellen weiß. Arbeiter aller

Bürgerblut gegen die Landwirtschaft

Unfinnige Besteuerung von Milchprodukten — Ablass geht zurück

Ein Protest des Provinzial-Milch Ausschusses

Der Provinzial-Milch Ausschuss schreibt uns: Seit Jahren bemüht sich die Reichsregierung unter Führung des vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ins Leben gerufenen Reichsausschusses für Hebung des Milchverkehrs, alle Kreise des Volkes für den Milchgenuss zu gewinnen. In allen Ländern, Provinzen und vielen Städten haben sich Unterausschüsse gebildet und rufen der Bevölkerung zu: „Trinkt mehr Milch!“ — „Milch gibt Gesundheit und Kraft.“ Die Landwirtschaft, die Molkereien und der Milchhandel bemühen sich um die Werbung für die Milch. Zahlreiche Behörden, Verbände, Vereine und Hygieniker, Vereine aller Art haben sich in den Dienst der guten Sache gestellt. In Erkenntnis der großen volkswirtschaftlichen Bedeutung der Hebung der Milchwirtschaft und der Förderung des Milchverkehrs hat der Reichstag nach einem Tag vor seiner Auflösung das „Milchgesetz“ verabschiedet, das als ein Sondergesetz eigens dazu geschaffen wurde, die deutsche Milchwirtschaft in neue, zukunftsreiche Bahnen zu lenken und die Milchversorgung zu verbessern.

Man sollte meinen, daß die Reichsregierung auch nun dafür sorgen würde, jedes Hemnis gegen die von ihr angebahnte Entwicklung aus dem Wege zu räumen, um nach Kräften dazu beizutragen, daß die viele Arbeit nicht umsonst getan ist, sondern Früchte trägt und daß sie das, was sie mit der einen Hand gibt, nicht wieder mit der anderen wegnimmt. So denkt der einfache Untertanenerwartend. In der Reichsregierung hat bekanntlich das Reichsfinanzministerium ein beachtliches Wort zu sprechen. Dieses Ministerium hat die Aufgabe, die leeren Reichskassen zu füllen. In seiner Notlage hat es neuerdings seine feuerstichtigen Augen besonders auf Milch geworfen. Es soll hier nicht näher ausgeführt werden, unter welchem Steuerdruck im ganzen die Reichsfinanzverwaltung die Milch in letzter Zeit gestellt hat und wie schwer sie besonders den kleinsten Molkereien und auch dem Milchhandel ihre an sich nicht leichte Aufgabe macht, ihre Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung zu erfüllen. Die pasteurisierte Milch, d. i. die nach den Molkereien nach modernsten hygienischen Grundregeln bearbeitet Milch, unterliegt einer besonderen Umsatzsteuer. Ferner sind die Umsatzsteuerbefreiung allgemein erhöht worden. Außerdem bedachte man aber die größeren Betriebe noch mit einem Sonderzuschlag, der sogenannten Warenabgabensteuer.

Auch der Vase wird gegeben, daß das etwas viel auf einmal ist und sicher nicht zur Verschärfung der Milchpreise und damit zur Hebung des Milchverkehrs beiträgt. Aber das neue Steuerinstrument, das sich das Reichsfinanzministerium geleistet hat, stellt alles bisherige in den Schatten. — Bekanntlich bildet sich bei vielen Menschen, besonders auch bei Kindern, bei länger dauerndem Genuss reiner Milch, eine gewisse Abneigung aus. Auch Erwachsene unterliegen diesem Geschmackempfinden. Um dieser Erscheinung Rechnung zu tragen, stellen die Molkereien und viele Milchhändler seit einiger Zeit Erfrischungsgetränke und Erfrischungs aus Milch her, die einen geradezu überraschenden Erfolg zu verzeichnen hatten und sich besonders in den Schulen und bei der werktätigen Bevölkerung einer stetig wachsenden Beliebtheit wegen ihres Wohlgeschmacks und ihrer Billigkeit erfreuten. Auf letzteres Moment legten die Molkereien den größten Wert und kalkulierten die Preise so niedrig, daß sie sich im allgemeinen nicht über die von reiner Vollmilch stellten. Heberall ging es vorwärts. Der Absatz der Milch, die sonst in den Geschäften kaum zu verwerten war, hob sich. Der Landwirt, die Molkereien, der Handel haben neuen Wohlstand erlangt. Kinder und Werktätige und viele andere waren für den Milchgenuss gewonnen.

Aber die Rechnung war ohne das Reichsfinanzministerium gemacht. Die Reichsregierung erließ im April d. J. das sogenannte Mineralwassersteuergesetz, das die Mineralwasser und ähnliche künstlich hergestellten Getränke mit einer Sondersteuer belegte. Es besteht kein Zweifel, daß damit eben nur die Mineralwasser steuern erfüllt werden sollten und weder die Regierung noch der Reichstag an die Milchgetränke gedacht haben. Erst nachträglich hat man sich anders besonnen, hat diese Getränke unter den Begriff der künstlich hergestellten gestellt und sie mit der Steuer belegt. Sie bedeuten eine Belastung von 10 Pfennigen je Liter. Diese Steuer neben vielen anderen Steuern die Hersteller ohne entsprechenden Preiszuschlag nicht tragen. Wird aber der Preis erhöht, dann vermindert sich der Absatz oder kommt völlig zum Erliegen. Verschiedene Betriebe haben sich deshalb schon jetzt entschließen müssen, die Herstellung aufzugeben. Die anderen werden, wenn nicht bald eine Änderung erfolgt, das Gleiche tun müssen. Die Folge ist verminderte Milchpreise, Schädigung der Landwirtschaft und gesunkenen Milchwirtschaft Schädigung der gesamten Bevölkerung, der ein wichtiges und billiges Nahrungsmittel entzogen wird. — Was sagen die Verfechter dieser Maßnahme? Was die Gesundheitsbehörden? Was der Reichsernährungsminister, der sich tagtäglich abmüht, der Landwirtschaft zu helfen?

Diese Zustände des Provinzial-Milch Ausschusses, die nun der Preßstelle der Provinzialverwaltung berichtet wird, spricht Sätze über die volkswirtschaftliche Sinnlosigkeit der Steuererhöhung, die der Herr Schiele zwar eifrig bemüht ist, künstliche Handelsbeziehungen des industriellen Exportlandes Deutschland im Interesse wirtschaftlicher Förderung der Landwirtschaft zu verhindern, es aber nicht verhindern kann, daß sein Kollege vom Finanzministerium mit beratenden, geradezu maßlosen Methoden den Wirtschaften beizuhelfen und zugleich die Landwirtschaft, die an der Hebung des Milchverkehrs auch auf das höchste interessiert ist, auf das höchste schädigt. Diese Schädigung der Milchproduktion paßt allerdings wunderbar in das gesamte Staatsbild, das uns die Brüning'sche Staatspolitik auf legalen und illegalen Wege bisher liefert hat. Die Regierung, die Schatzbergwerk, die sich auch auf Kupfer und Schmelze entscheidet, die Reichsbank, die nun sogar auf Kollaterale ausgedehnt wird, all das sagt sich wunderbar ein in die Wirtschaft einer — wohlgerichtet von Reich großzügig organisierten — Propaganda für Hebung des Milchverkehrs, die in außer der Forderung des Ablasses auch der Selbstgenügsamkeit dient. Wer mit dem Provinzial-Milch Ausschuss der Meinung ist, daß hier der Garaus zu sein geht, der muß leider leider sagen, daß die Brüning'sche Staatspolitik nicht nur Landwirtschaft, sondern auch wertvollen Volkserwerb nicht, der auch ein laienmännlicher Sonntag sein könnte für die

Seite 1

abgeben

Landvolk macht einen Schritt

Jahre lang ist die Landvolkbewegung in Deutschland im eigenen Lande nicht so lebendig gewesen, wie sie in anderen Ländern ist. Die Landvolkbewegung hat sich in Deutschland erst in den letzten Jahren zu einer wirklichen Bewegung entwickelt, und es ist zu erwarten, daß sie in Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnen wird. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Rolle der Landvolkbewegung in der deutschen Landwirtschaft zu betrachten. Sie hat sich als eine der wichtigsten Kräfte erwiesen, die für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Landwirte und die Förderung der Landwirtschaft im allgemeinen einsetzt. Durch ihre Aktivitäten hat sie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Probleme der Landwirtschaft gelenkt und die Forderung der Reformen in der Landwirtschaft vorangetrieben. Dies ist ein wichtiger Schritt in der Entwicklung der deutschen Landwirtschaft, der zu einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung beitragen wird.

Landvolk gemacht werden. In die Landvolkbewegung gehören alles hinein, was in und von der Landwirtschaft lebt. Jahrzehnte lang habe man in Deutschland Stadtpolitik betrieben und das platt Land vernachlässigt. Die nationale Einstellung des schlesischen Landvolkes sei selbstverständlich. Ein Bauer, der die eigene Scholle bebaut, treibe schon nationale Politik. Allerdings führe das schlesische Landvolk das Wort national seltener in der Mund, als manche andere Partei. Scharfe Kritik übte Hepp an der Deutschnationalen Volkspartei, die die Auflösung des Reichstages in Gemeinschaft mit den Sozialdemokraten, den Kommunisten und den Nationalsozialisten erzwungen habe. Hepp forderte eine Reform der Verfassung. In der Aussprache meldeten sich verschiedene Deutschnationale zu Wort, u. a. der deutschnationale Landtagsabgeordnete Schäfer, der die Politik Hugenbergs zu verteidigen suchte. Demgegenüber betonte der ebenfalls in der Versammlung anwesende Präsident des schlesischen Landvolkes, Rittergutsbesitzer Richter von Boguslawitz, melancolisch trenne ihn nicht das Geringste von der Deutschnationalen Partei und er habe seine Gesinnung in keiner Weise geändert. Mit Schärfe wandte er sich aber gegen das Zusammengehen von Deutschnationalen und Nationalsozialisten, wie man es in diesem Wahlkampf erlebe.

Nazilehrer suspendiert

Wegen seiner öffentlichen Betätigung für die Nazi-Partei ist dem Lehrer Anders in Trebitz, Kreis Glogau, gemäß § 54 des Disziplinargesetzes für die nichtrichterrlichen Beamten vom 21. Juli 1882 mit sofortiger Wirkung die Ausübung seiner amtlichen Verpflichtungen vorläufig untersagt worden. Gegen ihn wird ferner das Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung eingeleitet.

Die Theaterfrage in Oppeln

Die Theaterfrage in Oppeln, die schon seit geraumer Zeit viele Gemüter in der ober-schlesischen Provinzialhauptstadt beunruhigt, scheint jetzt zu einem gewissen Abschluss zu kommen. Wie wir zuverlässig hören, wird das städtische Theater in der Winterperiode nicht mehr fortgeführt, sondern die musikalischen Aufführungen durch Gesangsvereine und Theatertruppen und Reize besorgt, während die schlesische Bühne des Sühnenbundes und die schlesische Landesbühne des Volksbühnenverbandes die Bespielung mit Schauspielen übernehmen werden.

Seine Kinder erzwängt

Familiendrama in Gleiwitz

Der in der Schenkwärterstraße in Gleiwitz wohnende Kesselwärtler August Grzibowski erzwang seine acht- und neunjährigen Töchter Margarete und Helene und erzwang sich selbst an der Tür. Als der Schwager am Abend 6. besuchte, fand er die Tür verschlossen und erhielt den Befehl, daß er in zwei Stunden wiederkommen müsse, weil gerade gebadet werde. Dies tat er auch, fand aber Johann die Wohnung wiederum verschlossen. Man holte die Polizei herbei, die nun mit Gewalt einbrach. Ein spanischer Herr hat sich ihr. Die Kinder waren tot, und zwar, wie sich herausstellte, erstickt. Auf einem Tisch lagen die Photographien der toten Kinder, mit Blumen betraut. Grzibowski hat sich an der Tür hingelegt. Er lebte in

Renegatenpolitik

... Wichtig wird man ihnen nicht verzeihen können, wenn sie es ablehnen, sich von einem Manne präsidieren zu lassen, der ihnen früher die Stiefel beschlitzte.

Max Gruschwitz

Also schrieb Max Gruschwitz dieser Tage in seinem Weltblatt, „Die Tribune“, das bekanntlich von Neumarkt aus durch einen — kommunistischen Berichterhalter bedient wird. Es handelt sich nämlich hier nicht um einen Reichspräsidenten oder Staatsminister, dessen mangelnde ablehnende Bildung Herr Gruschwitz auf die Herren stellt, sondern um den sozialdemokratischen Kreisdeputierten von Neumarkt, Genossen Kawroth. Herr Gruschwitz ist über diesen Kreisdeputierten äußerst aufgeregt und spricht beschließend, als er von seiner Italienreise auf freiflugähnliche Weise zurückkehrte und sich davon erholt hatte, daß er trotz konfularischer Empfehlung nur bis zu Arnaldo, nicht aber bis zu Benito Mussolini gelangen konnte, einen wehrspaltigen Artikel, dessen langer Segen nur einer einzigen Sache dienen soll. Genosse Kawroth sei ein ehemaliger Sozialist und habe sich gewaltig von der Sozialdemokratie abgewandt. „Ja und deshalb sei auch eine Kreisdeputierten angeschlossen, denn — und nun folgt das die Herren unangenehme Fazit. Da man es den vornehmsten Herren im Kreisrat nicht hat, so hat Gruschwitz nicht zuzunehmen kann, unter dem Vorwand eines ehemaligen Schulmeisters zusammenzutreten, fordert der Wochenblattredakteur, daß die vorgelegte Beschlüsse Herrn Kawroth als Mitglied von einem unangenehmen Amt entsetzt, wenn sie nicht einen politischen Scheitler, ja noch mehr in Kreis Neumarkt herausschicken.“

Wer würde aus mit diesem Schreiber des Tageszeitungs-Redakteurs auf Freiwiligkeit nicht befragen, wogegen wir nicht, daß der unangenehme und politische Charakter dieses Blattes in Neumarkt heimische Politik einschleift wird.

Daran folgende Feststellung:

Herr Gruschwitz ist nun wenig auf das Sachliche eingegangen, einige Festsetzungen zu sein angenommen. Genosse Kawroth, dessen langjähriger Name unangenehm ist, ist nämlich nicht seit Jahren, auch nicht seit der letzten Kreisdeputierten sondern schon seit längerer Zeit ein sozialdemokratischer und sozialer Vertreter der Arbeiter. Der politische Charakter hat also nicht gerade eine Zeit bis zu seiner Entsetzung gedauert, denn so lange, bis ein eifriger Vorwärtler, mit dem die gesamte arbeitende Tagespresse von Arnaldo bis nach dem Gemeinderat absteht, einen politischen Charakter annahm, wobei er sich nicht in der Heberbüchse als „den Kreis Neumarkt“ bezeichnete.

Wer es nicht wie interessant, daß es anzunehmen ist, daß die Herren, die es oftmals mit ihnen Angehörigen in die Gasse gehen. Wenn der Juncker des Kreises Neumarkt nicht durch die Gruschwitz'schen Aussagen, so wenig man das aus ihm, geschichtlichen Schicksal, Erwähnung und Erwähnung ist, ist es nicht möglich, wenn auch nicht möglich, wenn aber angenommen der ehemalige Sozialist der Sozialdemokratie, dessen politische Charakter hat nicht gerade eine Zeit bis zu seiner Entsetzung gedauert, denn so lange, bis ein eifriger Vorwärtler, mit dem die gesamte arbeitende Tagespresse von Arnaldo bis nach dem Gemeinderat absteht, einen politischen Charakter annahm, wobei er sich nicht in der Heberbüchse als „den Kreis Neumarkt“ bezeichnete.

geordneten Verhältnissen; jedoch hat ihn der Tod seiner Frau so melancolisch gestimmt, daß sich umkehrte.

Der Tod unter Tage

Drei Bergleute durch Gas getötet

Auf der Kaszhen-Zentrum-Grube bei Beuthen O.S. am Sonntag der Techniker Krosos, der Lehramtskandidat Paul Morawiekel I durch ausströmendes Gas getötet. Die drei Bergleute gehörten der Gewerkschaft und hatten sich anscheinend ermüdet an einen Kohlenpfeiler, wo sie von plötzlich ausströmenden Gasen getötet worden waren.

Am die Centrolew-Demonstration in der Wojewodenschaft

Der „Centrolew“, d. h. die Zusammenfassung der Bauern, der polnischen Sozialistischen Parteien und der linken Demokraten erstreckte sich bisher nur auf Polen, Rumänien, Kroatien und Galizien, während in Polnisch-Schlesien zwar ein gewisses Zusammenarbeiten der Opposition besteht, aber infolge der verhältnismäßig starken Vertretung der Deutschbürgerlichen wie auch mit Rücksicht auf das Verhalten der polnischen Regierung, hier autonomes Handeln zu sehen, nicht die Form eines politischen Kartells gewonnen hat. Desungeachtet sollten aber doch in der Wojewodenschaft wie im übrigen Polen am 4. September gemeinsame Demonstrationen für die Demokratie in Polen und gegen die Unterdrückung des deutschen Ministers Trenzians stattfinden.

Nun erklären aber die Christlichen Demokraten, hier, plötzlich sehr demonstrativ durch die „Polonia“, Ch. D. (Chadecja) sich in Schlesien nicht dem „Centrolew“ anschließen, sondern selbstständig vorgehen will. Die sozialistische „Gazeta Robotnicza“ hat darauf erklärt, daß dies nun wohl sehr reichlich überlegen müsse, ob sie angesichts der Stellungnahme der Kartellisten die in Aussicht genommene Demonstration mitmachen werde.

Königshütte. Kamele unter der Straßenbahn. Einem nicht alltäglichen Verkehrsunfall kam es hier, als Mitglied des zur Zeit hier gastierenden Zirkus zu Kellern zwei Kamele durch die Straßen führte. Er konnte beim Überqueren der Straßenbahn nur eines der Tiere von den Gleisen herunterbringen. Das zweite wurde von der Elektrischen angefahren und kam zu Fall. Mit einiger Mühe wurde es zwar aber lebend unter dem Vorderteil des Straßenbahnwagens hervorgeholt.

Königshütte. Kohlenoxydvergiftung unter Tage. Auf der 200-Meter-Sohle im Johann-Flöz des Bergwerks Schachte wurden vier mit Holztauben beschäftigte Arbeiter durch Kohlenoxydgas, das einem in der Nähe befindlichen Leuchtgasrohr entströmte, betäubt. Die Wiederbelebungsbemühungen nur bei dreien von Erfolg, während der vierte, der Bergmann Albin Rossjinski, an den Folgen der Vergiftung verstarb.

Königshütte. Mit Alkohol vergiftet. Die Leiche hier plötzlich verstorbenen hochjährigsten Knaben wurde an der Ordnung des Staatsanwalts beschlagnahmt und sezert. Es ist sich heraus, daß dem Kinde große Mengen Alkohol verabreicht worden waren, die mittelbar zu dem plötzlichen Tode des Knaben beigetragen haben.

Kattowitz. Eine russische Handelsvertragsfirma soll nach sowjetischer Mitteilung hier eingerichtet werden. Die Geschäftsverbindung der Warschauer Handelsvertreter der polnisch-ober-schlesischen Industrie in letzter Zeit merklich meitert wurde.

Wochenblatttheke gegen sozialdemokratischen Kreisdeputierten

Wodan. Polizeilicher Wochenbericht. In der Woche vom 31. August bis 6. September wurden zwei Bruchdiebstähle zur Anzeige gebracht und ein Fall als gefunden abgegeben.

Kattowitz. Aus der Gemeinde. In der letzten Gemeinderatsversammlung wurde die Neupflanzung der Gemeindefriedhöfe mit acht gegen eine Stimme beschlossen. Die Neubepflanzung mit Hartobst soll noch in diesem Herbst erfolgen. Die alten Bäume werden gegen Uebernahme der Erhaltung und Aushebung neuer Baumstöcke abgegeben. Gegen eine Stimme wurde eine neue Biersteuerordnung ab 1. Oktober genehmigt. Die letzthin beschlossene Steuerordnung war nämlich infolge eines Formfehlers auf dem des Herrn Lammchen hin vom Kreisrat nicht genehmigt worden. Lammchen wollte nun noch, daß die bisherige höhere Steuer zurückgezahlt werde. Das wurde aber abgelehnt. Bezüglich des Spritzenverbandes wurde beschlossen, die Gemeinde Schmaritz aufzunehmen. In der Kreisversammlung wurde dem Haus des Herrn Klaus in der Gemeinde nun nach einem weiteren Beschluß Lampen angeordnet. Eine Lampe bei Herrn Schirmer wurde nachher abgenommen.

Kattowitz. Meteorologischer Bericht. Gestern fuhr ein Starker Regen hinter Deutsch-Lauden mit seinem Regen einen Baum W. blieb mit schweren Verletzungen bedeckt liegen, während sein Soziusfahrer, der Arbeiter Hahn aus Wangern, mit leichten Verletzungen davonkam. Meteorologischer Bericht wurde beschlagnahmt. Die Verunglückten wurden durch einen vorbeifahrenden Fleischwagen ins Krankenhaus gebracht.

Öffentliche Wählerversammlungen

- in den Kreisen Breslau-Land/Neumarkt
- Mittwoch, den 18. September:
- Bärjentsch: Lokal Müller, 20 Uhr; Redner: Hannack
 - Wodan: Lokal Wende, 20 Uhr; Redner: Bezirkssekretär Mann
 - Walden: Lokal Müller, 20 Uhr; Redner: Apfelbaud
 - Wojewitz: Lokal Köster, 20 Uhr; Redner: Kaufmann
 - Kriehowitz: Lokal Kowal, 20 Uhr; Redner: Patern
 - Stjepensdorf: im Gasthause, 20 Uhr; Redner: R. Pflanz
 - Siedorf: im Gasthause, 20 Uhr; Redner: Schiffer
- Donnerstag, den 11. September:
- Wojewitz: Lokal Jajschke, 20 Uhr; Redner: Fränkel
 - Kippeln: Lokal Stelmach, 20 Uhr; Redner: Bielowitz
 - Wojewitz: Lokal Härtel, 19½ Uhr; Redner: Frisch
 - Kriehowitz: Lokal Gabriel, 19½ Uhr; Redner: E. J. J. J.
 - Siedorf: 20 Uhr; Redner: Hannack
 - Wojewitz: Lokal Dreier, 20 Uhr; Redner: Kaufmann

Aktion, Ortsgruppenleiter! Die besten Jahrgänger müssen sofort im Sekretariat, Zimmer 167, abgeholt werden.

Teilnehmer am „Roten Tag“ in Schmalz am 2. Die Teilnehmer, die am „Roten Tag“ in Schmalz am 2. teilgenommen haben, werden im Sekretariat auf vorherige Bestellung abgeholt.

Gericht an der Böhmerwald-Grenze

Einem Zwischenfall, der noch einer genaueren Klärung bedarf, wie dem „Berliner Tageblatt“ aus München mitgeteilt, an der bayerisch-tschechischen Grenze bei Waldheim. Ein dortiger Grenzbeamter, ein Zollbeamter und ein Beamter aus Neuentammer, waren in einem Wirtshaus in Waldheim mit Tschechen in einen Streit verwickelt. Auf dem Rückwege nun sollen die drei Bayern von Tschechen verfolgt und unmittelbar an der Grenze von diesen erschossen worden sein. Jedenfalls kam es zu einer Schießerei, bei der etwa 40 Schüsse fielen. Der Forstgehilfe der linken Bruckseite schwer verletzt und in ein Krankenhaus nach Weiden gebracht werden. Der Grenzbeamte erhielt einen Kopfschuß. Der Beamte aus Neuentammer wurde durch Kopfschuß getötet.

Biccard fertig zum Abflug

Der Biccard-Freiballon ist fertig zum Aufstieg in die Höhe. Der Start kann nicht vor Eintritt windstillen Wetter erfolgen. Der Forscher schätzt die Entfernung der bei dem Startort gelegenen Startstelle von der Landungsstelle auf 500 Kilometer. Daß Biccard guter Zurechtwahrer ist und mit dem Gelingen seiner 16 000 Meter hoch führenden Expedition rechnen kann, beweisen seine der Presse neuerdings übergebenen Aussagen. Es heißt da: „In unserer Aluminiumkugelhülle, die mein Assistent Ripper, der zum ersten Male eine solche Expedition unternimmt, und ich befinden, und die hermetisch nach allen Seiten verschlossen ist, sind wir durchaus geschützt. In die Stratosphäre ist für mich kein Spiel mit dem Leben, denn ich bin ja auch Familienvater und habe vier Kinder. Für Atmungsluft in unserer Kabine ist hinreichend Sauerstoff mitgeführt. Die Konstruktion des Ballons ist so geartet, daß er den Luftdruckverhältnissen standhalten kann. Gegen die in der Stratosphäre vorherrschende Kälte von 60 bis 70 Grad sind wir durch Sonnenstrahlung geschützt. Wenn wir beim Abstieg uns in etwa 3000 Meter Höhe über der Erde befinden, werden wir durch die abgeschlossene Gondel an den beiden Einmannöffnungen, da die Luft für die Atmung wieder normal ist. Ich glaube nicht, daß durch zu große Gasabgabe beim Abstieg zu rasch niedergehen könnte. Ich vermute, daß ich Mühe haben werde, auf die Erde niederzukommen, da sich der Ballon, je näher er der Erde kommt, mehr erwärmen wird. Um aber für alle Fälle gesichert zu sein, habe ich mit Fallschirmen ausgerüstet.“

Revolte im Erziehungsheim

Vor einiger Zeit kam es in der Fürsorgeanstalt in Weichselkorsdorf zu einem Kampf der revoltierenden Kinder mit den Erziehern. Hierbei ging das ganze Heim in Brand. Die Wohn- und Schlafräume in der Anstalt. In einem der letzten Tage kam es erneut zu Unruhen der Zöglinge, die von mehreren Insassen der Anstalt wegen schwerer Verbrechen bereits verurteilt sind, wurden. Ein Aufseher, der die Zöglinge beruhigen wollte, wurde von den Zöglingen niedergeschlagen und schwer verletzt. Er wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Drei Zöglinge, die die Unruhen angezettelt haben, wurden verhaftet.

Ein Kirchenlicht verlöscht

Im Erweiterungsbau des Schöffengerichts Köln wurde der 42-jährige Organist Nathan Koll, der der Spar- und Hilfskasse Heppendorf 20 000 Mark unterschlagen hatte, zu einer Haftstrafe von zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Unterschlagung ist die kleine Gemeinde vollständig ruiniert.

Flugzeug in eine Badeanstalt gestürzt

In der Nähe von Amsterdam stürzte gestern ein Marineflugzeug auf den Sprungturm einer Badeanstalt. Ein Pilot und ein Unteroffizier wurden getötet. Ein Knabe, der sich gerade auf dem Sprungturm befand, wurde verletzt. Man nimmt an, daß er mit dem Flugzeug in die See gestürzt ist und getötet wurde. Teile des Flugzeuges stürzten auf ein zweites, fahrbereit neben dem ersten liegendes Marineflugzeug, wodurch dieses ebenfalls zerstört wurde. Ein Pilot und ein Unteroffizier, der sich in diesem Apparat befand, wurden getötet.

Friedrich-Ebert-Denkmal in Dsiprenfen



Denkmal an den ersten Präsidenten des Deutschen Reiches, das kürzlich eingeweiht wurde.

Sowjetkruz und Hakenstern

Die blutige Tragikomödie der feindlichen Brüder

Der Wahlkampf ist auf dem Höhepunkt angelangt, und mit ihm sind es die wüsten Ausschreitungen des nationalsozialistischen und kommunistischen Wahls, der mangels sachlicher Argumente mit Gummitruppen und Totschlägern, mit Revolvern und Drahtseilattentaten für seine Liste Propaganda macht. Wer Augen hatte, zu sehen, der konnte gerade in diesen Tagen beobachten, inwiefern sich die Propaganda der sozialdemokratischen Millionenpartei von dem hysterischen Romdngeschehen der Nazis und Kozis unterscheidet. Für die Liste 1: gewaltige disziplinierte Umzüge von Zehntausenden und Aberzehntausenden, die unter einem Meer von wehenden roten Fahnen für die Liste des Volkes werben, keine einzige sinnlose Provokation Andersdenkender, keine einzige Ausschreitung, aber ein überwältigendes Bild der Stärke und der Geschlossenheit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Auf der anderen Seite: wildes Gekrüll von „Deutschland erwache“ (in einer Friedbergerlammlung in Frankfurt a. M. konnte man hören „Groß Frankfurt erwache“) und Rot-Front-Gekrüll, blutige Überfälle auf harmlose Passanten, Schlagringattaken auf Schutzpolizisten, kurz, alles in allem rüdeste Straßenräubererei, in das schützende Mäntelchen des politischen Fanatismus gekleidet.

In Berlin geht es besonders heiß am Wedding her. Vom frühen Mittag bis in die späte Nacht ziehen Truppen junger Kommunisten durch die Straßen und in die Häuser — sachlich werbend, wie es ihr gutes Recht ist? Nein — nur schreiend. Kommt dann ein Propagandaauto der Nazis mit der schönen Devise „Nur Adolf Hitler kann Euch retten“ an den Brüdern vom Sowjetkruz vorbei, so stürzen die braven SA-Männer, die sich noch vor zehn Tagen mit der Schutzstaffel des Herrn Goebbels herumgeschlagen haben, vom Auto herunter und es beginnt eine Keilerei mit allen möglichen Gegenständen. Wenn aber Schupo dazwischen kommt, um die rasenden Romdngs, die wie Wilde aufeinander losdreschen, auseinander zu bringen, so wendet sich das Gesindel, schnell wieder vereint, gegen die Polizisten, die natürlich vom Gummitruppel Gebrauch machen müssen.

Ein blutiger Vorfall, der aber im Endeffekt stark humoristische Züge trägt, spielte sich in der Nacht zum Montag im Norden Berlins ab. Hier kamen gegen 1/2 2 Uhr nachts Nazis und Kozis so grimmig ins Handgemenge, daß sieben Nazis mit blutenden Köpfen ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Aber die Jünger Rotans hatten auch sonst schreckliches Mauther, denn — die Sanitäter, denen in der Eile und im Durcheinander des Getümmels die arischen Belange verloren gegangen waren, brachten die Hakenkruzler in das benachbarte jüdische Krankenhaus, wo sie nun sozialagen unter Aufsicht des Kabinats ihrer Heilung entgegengehen werden. Wenn das nur nicht Adolf Hitler erfährt!

Hand in Hand mit diesem wilden Straßenterror geht der Krieg der Radikalinstis gegen die Litfassäulen. So haben die Nazis im Berliner Westen ganz systematisch die gegnerischen Wahlplakate abgerissen und dort, wo sie ihre Zerstörungswut nicht vollenden konnten, die Säulen aufs übelste mit Straßentot beschmiert.

Und selbst vor den Stätten der Toten macht die Verrohung der Romdngs keinen Halt. So wurden im Osten die Mauern eines Friedhofs mit den Pamphleten der Radikalinstis besudelt. Mit einer Sache, die derart hemmungslos und unanständig kämpft muß es sehr schlecht stehen. Und so ist es in der Tat!

Mord im Wahn

In Lobbät (Bornholm) erwürgte ein 40-jähriger Schuhmachermeister in einem Anfall von religiösem Wahn zwei seiner Kinder im Alter von drei und sechs Jahren und erhängte sie darauf. Die Ehefrau des Mörders hat sich vor zwei Jahren durch Erhängen ums Leben gebracht.

Synkali-Raub in Berlin

In der Nacht zum Montag drangen Einbrecher in eine im Norden Berlins gelegene Apotheke ein und raubten aus dem doppelt verschlossenen Giftschrank beträchtliche Quantitäten von Synkali, Strychnin, Arsen, Sunitrin, Atropin und Sublimat. Daß von den Tätern noch jede Spur fehlt, ist im Hinblick auf die Gefährlichkeit des geraubten Giftes sehr beunruhigend.

Doppelmord

In dem am Elbdeich liegenden Dorfe Schwinde bei Wismar wurde gestern früh der 60 Jahre alte Hofbesitzer Bok in seinem Bett erschlagen aufgefunden. Seine Ehefrau hatte einen Stich in den Hals erhalten und ist nachmittags im Krankenhaus in Wismar gestorben. Die Wohnstube war durchwühlt und der Geldschrank aufgebrochen. Es fehlt, soweit bis jetzt festgestellt werden ist, ein Handbeil und das Fahrrad des Ermordeten.

Eine neue Donaubrücke bei Ingolstadt



— genauer: bei Großmünching, unweit Ingolstadt — wurde am 21. August eingeweiht. In technischer Hinsicht ist sie besonders interessant, als sie eine der größten Eisenbetonbrücken der Welt ist.

Sechs Todesurteile wegen Lebensmittel-Schiebungen

Die russische politische Verwaltung hat eine Gruppe von Schiebern ermittelt, die aus den Moskauer Genossenschaftsläden mit Hilfe von tausenden gefälschter Lebensmittelkarten Lebensmittel und andere in beschränkter Mengen vorhandene Waren entwendeten und zu Wucherpreisen an die hungernde Bevölkerung absetzten. Drei Händler und drei Angestellte der Genossenschaftsläden wurden zum Tode, die übrigen Beteiligten zur Internierung in einem Konzentrationslager verurteilt.

Die Heimbringung der Andreje-Funde

Durch direkte Fühlungnahme zwischen dem Ministerpräsidenten der schwedischen wissenschaftlichen Kommission in Tromsø und dem Kommandanten der „Svenskund“ ist unter anderem festgestellt worden, daß die Räumlichkeiten im Kanonenboot für sämtliche Funde von der Andreje-Expedition ausreichend sind. Nach Vereinbarung mit der Björn-Expedition ist beschlossen worden, daß die letzten Funde in Tromsø an Bord der Svenskund gebracht werden sollen, nachdem sie einer entsprechenden Behandlung durch die Wissenschaftler unterzogen worden sind. Die Ankunft der Svenskund in Schweden wird dadurch um einige Tage verzögert.

Die Eriester Verurteilten hingerichtet

Die vier am Freitagabend zum Tode verurteilten Antifaschisten Bidoretz, Marasch, Milos und Balenitsch wurden Sonnabend früh um 8 Uhr durch Erschießen hingerichtet. Die Verurteilten wurden so gestellt, daß sie dem Peloton den Rücken zuehrten.

Der Chef in Spiritus

Wegen verschiedener Scheckfälschungen, außerdem aber wegen Nordverdränges, wurde in Baltimore der 18-jährige Lehrling Thompson des Drogeristen Wetters verhaftet, dessen Drogerie vor einigen Wochen plötzlich geschlossen wurde. Man glaubte allgemein, daß der Besitzer der Drogerie in die Ferien gefahren wäre, empfand es aber als merkwürdig, daß von Zeit zu Zeit der Lehrling des Drogeristen bei der Bank erschien, um von Wetters unterzeichnete Schecks gegen Bargeld einzulösen. Eines Tages wurde festgestellt, daß sämtliche Schecks, die der Lehrling vorgelegt hatte, gefälscht waren: Thompson hatte sie selbst ausgeschrieben. Wetters fand man als — in Spiritus konservierte Leiche im Lagerraum der Drogerie. Thompson behauptet zwar die Leiche derart merkwürdig untergebracht zu haben, will aber an der eigentlichen Ermordung seines Chefs in keiner Weise beteiligt sein. Vor einigen Wochen sei ein Unbekannter in den Laden gekommen und hätte Wetters nach einem lebhaften Wortwechsel niedergeschlagen ...

Opfer der Berge

Bei der Besteigung der 2000 Meter hohen Cimone della Pala (Dolomiten) gerieten drei deutsche Touristen aus Nürnberg in einen Steinhaug. Ein Herr Eichhorn wurde in die Tiefe geschleudert, seine beiden Kameraden konnten sich retten. Der Berunglückte konnte nur als Leiche geborgen werden.

Schwere Pulverexplosion bei Nancy

Dem „Echo de Paris“ wird aus Nancy gemeldet, daß in der sechs Kilometer von Nancy gelegenen Pulverfabrik eine schwere Explosion erfolgt sei. Bisher sollen zehn Tote und zahlreiche Verletzte zu verzeichnen sein.

Die furchtbare Explosionskatastrophe, die sich am Sonnabend in der Munitionsfabrik von Auboué ereignete, hat bis jetzt 14 Todesopfer gefordert. Die Ergebnisse der Untersuchung scheinen daraufhin zu weisen, daß kein jahrelangiger Verstoß der Direktion gegen die Sicherheitsvorschriften vorliegt. Die Explosion war weder auf Kurzschluss, noch auf Selbstentzündung der Sprengstoffe zurückzuführen. Die Ursache, die die Untersuchungskommission ins Auge faßt, ist eine recht seltsame: man fand nämlich, daß eine der Arbeiterinnen, deren Leiche unmittelbar neben dem Herd der Explosion lag, benagelte Schuhe trug, was gegen die Fabrikvorschriften verstieß. Da der Fußboden der Fabrik aus Eisenbeton bestand, hält man es nicht für ausgeschlossen, daß durch die Reibung der genagelten Stiefel gegen das Eisenbeton ein Funke ausgelöst wurde, der den Dynamitkaut zur Entzündung brachte und dadurch die Explosion bewirkte.

Eisenbahner und Reichstagswahl

Von F. Schffel, dem Vorsitzenden des Einheitsverbandes

Am 14. September 1930 soll das deutsche Volk einen neuen Reichstag wählen. Durch den Stimmentwurf wird entschieden, ob Demokratie durch des Volkes Willen oder ob die Diktatur der Besitzlichen kapitalistischen Interessen in der kommenden Zeit vorherrschen soll. Nicht jeder Volksgenosse und leider auch nicht jeder Eisenbahner befaßt sich eingehender mit politischen Tagesfragen, und Wähler und Wählerinnen können leicht den Reiz im Schaumfänger wählen. Demgegenüber gilt es, klaren Blick für die tatsächlichen politischen Vorgänge zu bewahren und sich nicht durch Schaumfänger einfangen zu lassen. Wer sich näher und gut informieren will, lese aufmerksam die sozialdemokratischen Zeitungen und Wahlchriften!

Alle Eisenbahner müssen erkennen, daß sie nicht nur Anteilhaber der Lasten und Opfer, die der Arbeitnehmerschaft aufgebürdet wurden, zu tragen haben, sondern auch durch ihre Berufstätigkeit in einem staats- und wirtschaftspolitisch bedeutsamen Betrieb in besonderer Weise ein Objekt der jeweiligen politischen Gewalttätigkeiten sind. Die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und in erster Linie die der Eisenbahner haben durch die Verfassung von Weimar die staats- und wirtschaftspolitischen Rechte der übrigen vergleichbaren Arbeitnehmer (Beamte und Arbeiter) erhalten und sich durch ihre Organisation einen bereits weitgehenden Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse im Reichsbahnbetrieb gesichert. Dieser soziale Fortschritt hat jederzeit eine tatkräftige Förderung erfahren durch die Sozialdemokratische Partei. Die Vertupplung der Reichsbahn mit der Reparationsfrage, die auf ein Angebot der bürgerlichen Regierung Cuno an die Reparationsgläubiger zurückzuführen ist, machte wiederum die Eisenbahner zu Staatsbürgern zweiter Klasse. Für Form und Inhalt des auf Grund des Dawesplans geschaffenen neuen Reichsbahngesetzes trägt gleichfalls eine bürgerliche Regierung die Verantwortung. In beiden Fällen legte man sich über jede Willensbindung des gesamten Personals hinweg. Insbesondere trat das bei der Schaffung des Reichsbahngesetzes vom August 1924 zutage, wo sogar die beamteten und arbeitsrechtlichen Grundfragen für das Reichsbahnpersonal ohne dessen Mitwirkung festgelegt wurden. Heute ist es kein Geheimnis mehr, daß diese bewakte Ausgestaltung erfolgte, um für die Privatisierung der Reichsbahn und so für die Verschlechterung des Lebensstandards der Eisenbahner freie Bahn zu schaffen. Die Schuld an dieser Entwicklung fällt auf die bürgerlichen Parteien zurück, die durch das Schlagwort von der Entpolitisierung der Reichsbahn ihr Spiel erleichterten. Daran muß jeder Eisenbahner am Wahltag denken.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich von jeher gegen jede Art von Privatisierung der Reichsbahn entschieden ausgesprochen und seit der durch antipolitische Maßnahmen erzwungenen Annahme der Dawespläne einen harten, energiegelassen Kampf für die Stärkung des Reichseinflusses gegenüber der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft geführt. Es gehört zu dem unbestreitbaren Verdienste der Reichsregierung unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller, daß das Reichsbahngesetz in wichtigen für das Personal bedeutsamen Punkten einer Neubearbeitung unterzogen wurde. An der Herbeiführung der neuen Fassung der Personalbestimmungen wurden von dieser Regierung Vertreter der Eisenbahnergewerkschaften beteiligt. Darin deren Mitarbeit, die sich auf ein weitgehendes Verständnis der Regierung Hermann Müller stützen konnte, gelang es, bedeutende rechtliche Verbesserungen für das Personal zu schaffen. Die Reichsbahnlohnempfänger haben es der Regierung Müller zu verdanken, daß sie heute nicht mehr minderen Rechts sind gegenüber der übrigen Arbeiterschaft Deutschlands. Auch die Reichsbahnbeamten haben durch Unterstützung der linken Sozialdemokratischen Partei Beachtenswertes erreicht. Den Verbesserungen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft auf eine Kürzung der Beamtengehälter wurden durch das neue Reichsbahngesetz bis dahin bestehende Rechtsbindungen gezogen.

Wie sehr die politischen Kräfte die Personalpolitik der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft beeinflussen können, können die Eisenbahner aber auch daran erkennen, daß die gegen das Personal gerichteten Maßnahmen der Verwaltung, die Personalentscheidungen, der Abbau im harten Ausmaß in einer Zeit, wo Millionen erwerbslos sind, und Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis, in der Dienststellung der Hilfsbeamten etc. unter der Regierung Brüning durchgeführt wurden, obwohl diese Regierung auf Grund des neuen Reichsbahngesetzes härtere Rechtsmittel gegenüber der Reichsbahn besitzt als sie die Regierung Müller je besaßen hat. Diese Gegenüberstellung sollte jeden denkenden Eisenbahner klar erkennen lassen, daß die Personalpolitik der Reichsbahn in entscheidender Weise von der Einstellung der jeweiligen Regierung zu den Arbeitnehmerfragen beeinflusst wird. Aus dieser Tatsache ergibt sich aber das Lebensinteresse der Eisenbahner und ihrer Familien an der Zusammenfassung des neuen Reichstags und der kommenden Regierung. — Besonders hoch bedeutsam wird die Fassung der bürgerlichen Regierung durch die Ernennung von Personalvertretern für den Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft. Seit langem Jahre, von der Gründung der Reichsbahn-Gesellschaft an, befaßt das Personal im Verwaltungsrat nicht einen einzigen Vertreter. In diesen fünf Jahren aber wurde das Reich beherrscht von vier bürgerlichen Regierungen. Erst die Vertreibung der Sozialdemokratischen Partei an der Regierung brachte die Ernennung des ersten so notwendigen Personalvertreters und Beamtenvertreters der gesamten Eisenbahner. Die Regierung Brüning dagegen wurde am ersten Tage ab in personalpolitischen Sachen. Bei der Ernennung neuer Beamten-

ratsmitglieder wurde unter dem Aushängeschild „Personalvertreter“ ein christlicher Gewerkschaftsleiter ernannt, der von sämtlichen zuständigen Vertretungen des Eisenbahnpersonals, also auch von den beiden zentralen Personalvertretungen, Hauptbeamtenrat und Hauptbetriebsrat, wie auch von den gewerkschaftlichen Organisationen aller Richtungen einschließlich der christlichen einmütig abgelehnt wurde. — Jedem verständigen Eisenbahner genügen schon diese Tatsachen, um sich am 14. September 1930 für die Sozialdemokratische Partei zu entscheiden. Sie reden eben eine deutliche Sprache. Es geht darum, den starken politischen Einfluß, der auf Grund des Reichsbahngesetzes auf die Reichsbahn-Gesellschaft ausgeübt werden kann, so auszunutzen, daß privatwirtschaftliche, das heißt beamteten- und arbeiterfeindliche Tendenzen ausgeschaltet werden und der Charakter des öffentlichen Betriebes mit seinen besonderen sozialen Verpflichtungen in Arbeitnehmerfragen zu stärkerer Geltung gelangt. Weiter handelt es sich darum, daß das Eisenbahnpersonal nicht wieder in ein von oben her beherrschtes Helotennium zurückfällt. Es dreht sich also um Aufstieg oder Niedergang der Eisenbahner und ihrer Familien. Wer Freiheit und sozialen Fortschritt anstrebt, muß der S.P.D. zum entscheidenden Wahlsieger verhelfen.

Staatsparteilicher Vorschlag

Der Deutschen Staatspartei ist großes Heil widerfahren. Lesen wir, was die „Vossische Zeitung“ in Nr. 408 berichtet: „Obwohl die Deutsche Staatspartei sich erst nach den Wahlen eine feste Organisation schaffen will, läßt bei ihrer Geschäftsstelle schon jetzt täglich eine große Zahl von Anmeldungen ein, meist aus politisch interessierten Kreisen, die sich bisher keiner Partei angeschlossen hatten. So wird u. a. bekannt, daß in diesen Tagen zwei Persönlichkeiten ihren Beitritt zur Staatspartei erklärt haben, die in den Borjag-Werken eine führende Rolle spielen: Arnold von Borjag, der Sohn des Scheinrats Ernst von Borjag, und der Professor Dr. Ernst Landmann, der bekannte Tennis-Champion.“ Da Herr Gustav Schneider, Vorsitzender des G.D.V., auch der Staatspartei angehört, kann es nun ja an nichts mehr fehlen. Wir zweifeln keinen Moment, daß es der überragenden Redegabe Schneiders gelingen wird, Herrn Borjag zu veranlassen, sofort alle Angestelltenbedingungen zurückzugeben und seinen großen Einfluß im Vorstand der Metallindustriellen einzusetzen, um die Kündigung des Tarifvertrages, durch den 140.000 Berliner Arbeiter in den Kampf getrieben werden, ungültig zu machen. Oder sollte es etwa umgekehrt sein und Herr Borjag nur der Staatspartei beigetreten sein, weil Herr Schneider energig für Privatwirtschaft und maßvoll für Sozialpolitik eintritt? Wer leben wird, wird sehen!

Reichskonferenz der Bauwerkmeister

In Bremer Volkshaus fand dieser Tage die dritte Reichskonferenz der Fachgruppe der Bauwerkmeister im Deutschen Bauwerksbund statt. Anwesend waren 21 Delegierte und einige Mitglieder des Bundesverbandes, darunter Bernhard, der erste Vorsitzende des D.B.W. Im Mittelpunkt der Tagung stand der umfangreiche Geschäfts-

Einladung

aller freigewerkschaftlichen krankensichernden Arbeitnehmers zu der am Donnerstag, dem 11. 9., um 19^{1/2} Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses stattfindenden

Vollversammlung

in der der Vorsitzende des Hauptverbandes deutscher Krankentassen, Hellmut Lehmann-Berlin (nicht Wohlmann) über:

„Rechtsraub an der Sozialversicherung“ sprechen wird.

Alle Mitglieder, besonders unsere Gewerkschaftsvertreter in Verbänden und Ausschüssen der Krankentassen jeder Art, sind zu erscheinen verpflichtet. Ortsvorsitzend Breslau des D.D.B. und der W.F.

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau

In der heute stattfindenden Bauwerksversammlung wird Genosse Ringel aus der ungen. Mittelsch. stattfindenden Bauwerksversammlung Genosse Smolinzig über das Thema:

„Die Lohnverhältnisse mit der polnische Reichstag“ sprechen.

Die Reden werden hiermit dringend angefordert, mit dem Namen in den Besprechungen zu erscheinen. Dr. Ortsverwaltung.

Bericht des Reichsfachgruppenobmannes Peters, Bericht der Wirtschaftskräfte konnte die Fachgruppe innerhalb der drei Jahre ihren Mitgliederbestand von 4681 auf 5782 noch nicht abgehehlen. Der Grundlag: berufliche Arbeit bedingt organisatorische Verbundenheit, wurde vor allem gegenüber dem Polierbund stark betont. sachlich geführten Aussprache wurde ihm das volle Vertrauen für die geleistete Arbeit ausgesprochen. Einzelne Verbände zum Teil sehr harte Worte wegen des Posterbundes in Tarif- und Organisationsfragen.

Bernhard vom Bundesvorstand betont, daß das Gewicht der kommenden Arbeit der Bauwerkmeister-Organisation besonders der jüngeren Bau- und Sachverständiger gelegt werden müsse. Das sei ein Mittel, um konkurrierenden Berufsorganisationen entgegenzutreten. Bestrebungen zur Schaffung einer Einheitsorganisation bereits im Gange. Erst ein großer Arbeitstempel kann zeigen, welches Gesicht der Posterbund eigentlich der Hauptaufgabe bleibe die gewerkschaftliche Erfassung der vier Poliere.

Über Berufsgefahren und Bauarbeiterreferierte Wüst vom Bundesvorstand. Er besprach auch die rechtlichen Gefahren, die sich für den Bauwerkmeister seiner großen Verantwortung für Leben und Gesundheit unterstellten Arbeiter ergeben.

Peters beleuchtete die Stellung der Bauwerkmeister in der Sozialgesetzgebung, vor allem die Rechtsunsicherheit hinsichtlich der Kranken- und Unfallversicherung. Als Reichsfachgruppenobmann Peters einstimmig wiedergewählt.

Energisch und maßvoll

Der Wahlkreisverband Leipzig der Deutschen Volkspartei verfasste Schnorrbriefe für den Wahlfonds. Unter anderem hielt einen solchen Brief auch der Gauleiter des Zentralverbandes der Angestellten für Westsachsen. In dem Schnorrbrief heißt es: „Auf der Liste der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Leipzig steht wieder der bekannte Führer des D.B.W. Otto dessen energisches Eintreten für die Wirtschaft bekannt ist. Sein maßvolles Eintreten in der Sozialpolitik hat gleichfalls unsere Anerkennung gefunden.“

Wir haben es längst gewünscht, daß Herr Thiel ein Förderer der Privatwirtschaft ist, so wie man sich die Frau in der Industriellenpartei, die sich fälschlich Deutsche Volkspartei nennt, vorstellt, und daß er eine um „maßvollere“ Sozialpolitik besorgt. Die Mitglieder des D.B.W. werden es bisher nicht gewagt haben; denn im Blätterwald des D.B.W. raubt unsere Auffassung über das Wirken des Herrn Thiel so ein Unterstützung.

Wirtschaftselend der bulgarischen Tabakarbeiter

Die bulgarische Tabakarbeiterchaft hat der neuen Rationalisierungswelle schwer zu tun. In Süd-Bulgarien, dem Zentrum der Tabakarzeugung, bereits zu zahlreichen Protestkundgebungen Protestzettel. Die Fabrikanten gehen immer mehr neuen Produktionsmethoden über, bei deren allgemeinen Führung über die Hälfte der Tabakarbeiter, das heißt um 20.000 Menschen hilflos würden. Das Handelsministerium hat sich endlich dazu aufgerafft, eine Konferenz von Vertretern der Tabakarbeiter, Fabrikanten und Käufer einzuberufen. Produzenten und Käufer erklärten, sie müßten sich dem Druck der ausländischen Arbeiter und der internationalen Konkurrenz fügen. Arbeiter betonten, daß durch die „Longa“ — das ist die Tabakarverarbeitungsmethode — Zehntausende bereits unversorgter Tabakarbeiterfamilien dem nahen Hungertode übergeben würden. Der sozialistische Abgeordnete verlangte von der Regierung Herabsetzung der Arbeitslohnung der Longa-Arbeiterlöhne und Schaffung eines Abfindungsfonds für die ausbelebenden Arbeitskräfte, die mit den neuen Rationalisierungsmethoden arbeitenden Fabrikanten. Die Regierung hat die sofortige Prüfung Vor schläge zugesagt.

Der sozialistische „Korod“ fordert die Tabakarbeiter mehr unorganisiert sind, auf, sich endlich den Gewerkschaften anzuschließen, da es für sie keine andere Rettung gebe, als Hilfe durch Unterstützung der Arbeiterbewegung.

Einigung in Nord-Frankreich

In einer am Sonntag gehaltenen Rede berichtete Arbeitsminister über die bisherigen Ergebnisse der Sozialpolitik der Regierung. Die Ergebnisse seien über alles Erwarten günstig ausgefallen. Während man lange nur damit rechnete, daß sich vier Millionen Arbeiter Versicherungsstellen eintragen lassen, haben sich her nicht weniger als acht Millionen, also genau die doppelte der vorhergehenden Zahl eintragen lassen.

Dank der unermüdbaren Bemühungen des Arbeitsministers hofft man endlich auch den Streit in Roubaix in der nächsten Tage beenden zu können. Die Grundlage der Einigung wird voraussichtlich die Vermittlungsvorarbeiten des Altkommunalarbeiters von Roubaix, Korte. In den Kreisen der Arbeitgeber meint man immer mehr zu sein, daß diesem Beschäftigten, den auch der Arbeitsminister Ausgangspunkt der neuen Aktion genannt hat, anzuschließen

Paris, 2. September. (Eigener Fundtext) Die Streikleitungen der Gewerkschaften haben am 2. in Roubaix Sitzungen abgehalten, in denen sie die Einigung der Kampfvereinigungen bekräftigten. Die endgültige Entscheidung wird im Laufe des heutigen Tages auf einer Vollversammlung der Streikenden, die gleichfalls in Roubaix abgehalten wird, fallen. Die Arbeitgeberverbände haben noch keinen offiziellen Beschluß gefaßt; doch ist zu erwarten, daß sie den Vorschlag annehmen werden, sobald mit Vereinbarung des Streiks von Roubaix im Laufe der nächsten 48 Stunden zu rechnen ist.

Der Nationalkongress der Bergarbeiter Frankreichs beschloß, in einem unabhängigen Protestbrief einzutreten. Der für den Streik nicht nach nicht ist. Der Kampf soll unangenehmen Umständen der Bergarbeiter sowie auch die Arbeitgeber nicht unbefriedigend abgeklungen. Folgendes einen kopierten Brieflichen Text.

Die Gewerkschaften haben am 1. September mit der sozialistischen Gewerkschaften Gewerkschaftsvereinigungen beschlossen. Der Mitgliederbestand der sozialdemokratischen Gewerkschaften lag diesem auf rund 200.000.

Die Wirtschaft wird nicht durch den Staat und die Gewerkschaften, sondern durch die Konkurrenz der Betriebe selbst geregelt. Die Gewerkschaften sind nur ein Mittel, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Die Wirtschaft ist ein lebendes Organ, das sich selbst reguliert. Die Gewerkschaften müssen sich an die Gesetze der Wirtschaft anpassen, anstatt sie zu bekämpfen. Die Wirtschaft ist die Grundlage des Wohlstandes, und die Gewerkschaften müssen dafür sorgen, dass die Arbeiter daran teilhaben können. Die Wirtschaft ist ein Spielplan, den die Arbeiter nicht ändern können, aber sie können lernen, wie sie auf dem Spielplan spielen können. Die Gewerkschaften müssen die Arbeiter dazu erziehen, die Gesetze der Wirtschaft zu verstehen und zu akzeptieren. Die Wirtschaft ist ein Kampfplatz, auf dem die Arbeiter ihre Kräfte erproben müssen. Die Gewerkschaften müssen die Arbeiter dazu erziehen, die Kräfte zu erproben und zu gewinnen. Die Wirtschaft ist ein Spielplan, den die Arbeiter nicht ändern können, aber sie können lernen, wie sie auf dem Spielplan spielen können. Die Gewerkschaften müssen die Arbeiter dazu erziehen, die Gesetze der Wirtschaft zu verstehen und zu akzeptieren. Die Wirtschaft ist ein Kampfplatz, auf dem die Arbeiter ihre Kräfte erproben müssen. Die Gewerkschaften müssen die Arbeiter dazu erziehen, die Kräfte zu erproben und zu gewinnen.